

deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nummer 12 — 2. Jahrgang Saarbrücken, Dienstag, 16. Januar 1934 Chefredakteur: M. Braun

Aus dem Inhalt

Modderholung an der Saar
Seite 3

Finanzpolitik der Diktaturen
Seite 4

Tapens Gottlosigkeit
Um das Asylrecht
Kraft durch Freude
Seite 7

Hollands Protest gegen Lubbes Ermordung

Geschlossene Volksmeinung gegen das Verbrechen von Leipzig

Die Hinrichtung von der Lubbe und die Verweigerung seines Namens an seine Angehörigen und Freunde wird — man darf schon sagen — in der ganzen zivilisierten Welt nicht verstanden. Der gute Eindruck, den das Leipziger Urteil durch die Freisprechung der widerrechtlich angeklagten Kommunisten gemacht hatte, ist schon durch deren weitere Einlieferung sehr beeinträchtigt worden, und nun ist er vollends zerstört. Der deutsche Faschismus zeigt den Völkern triumphierend den abgeschlagenen Kopf des armen Jungen aus Leyden, und die Welt wendet sich mit Abscheu von diesem Justizverbrechen. Einmütig ist die öffentliche Meinung Hollands, die ohne Unterschied der Partei und der Konfession mit echt menschlicher Trauer sich zu der rohen Unvernunft und tödlichen Grausamkeit des deutschen Faschismus äußert.

„Jede menschliche Erwägung fremd“

Wir entnehmen der „Post Scripta“ der Haag'schen Post:

„Nun haben die Blutdürstigen ihren Willen gekriegt. Von der Lubbe, der meistens vor sich hindosende arme Schlucker, der ohne mit der Wimper zu zucken, sein Todesurteil anhörte und auf den selbst die Mitteilung, daß die Stunde der Hinrichtung gekommen sei, keinen merkbaren Eindruck machte, ist ihnen als Beute vorgeworfen. Welch ein Sieg des neuen deutschen Rechtes!

Ein menschliches Brach, abgestumpft und verfallen, mit-leidbetregend — so kennen wir Marins van der Lubbe aus Abbildungen aus dem Gerichtssaal. Das war der Hochverräter, für den das bereits strenge deutsche Gesetz noch verschärft werden mußte, in absolutem Widerspruch zu einem Rechtsgrundgesetz, der in der ganzen zivilisierten Welt anerkannt wird. — Zusammenarbeitet mit anderen hat man nicht beweisen können. Dieser Schwachsinnige ganz allein hatte sich für das neue deutsche Reich als so gefährlich gezeigt, daß die lebenslängliche Zuchthausstrafe, die man ihm für seine Brandstiftung auferlegen konnte, nicht mehr ausreichend war. Der höchste Gerichtshof des Deutschen Reiches hat ein Todesurteil ausgesprochen! Reichspräsident „Hindenburg“, so lautet die Formel, hat seinen Grund gesehen, um von seinem Begnadigungsrecht Gebrauch zu machen.“ Hat man ihm die Abbildungen, von denen wir oben sprachen, vorenthalten? Sonst hätte er doch so etwas wie einen Grund spüren müssen! Er hätte dann zu der Entdeckung kommen müssen, daß von der Lubbe freilich kein Mann war, den man nach dem, was er getrieben hatte, wieder frei ließ, aber daß er ebensowenig ein Mann war, den jemand mit einem menschlichen Herz in der Brust, dem Helfer auslieferete.

Die holländische Regierung hatte Anspruch erhoben auf Rechtschutz für diesen Untertanen, die der oben zitierte Rechtsgrundgesetz überall auf der Welt verleiht. Sie hatte die Pflicht, sich gegen die revolutionäre Rechtsverdränger — der die deutschen Bürger nun einmal ipso facto des souveränen Rechtes der Revolution unterworfen sind, — zu widersetzen, sobald ein holländischer Untertan davon betroffen wurde.

Aber Berlin ist unerträglich, wenn es keine Gefahr zu befürchten hat. Der Prozeß unserer Regierung ist darum auch ohne Erfolg geblieben.

Dieser Hinrichtung ist jede menschliche Erwägung fremd gewesen. Hier hat Rechts gesprochen! Dieser ganze Prozeß war eine heilige moralische Niederlage; desto ärger für den, der sich durch sein eigenes Bekenntnis eine Blöße gegeben hatte. Von der Lubbe war hilflos — wehrlos. Die Weisheitsverkäufung, die er vor dem Gericht zeigte, kennzeichnete seine Tat. Sogar wenn er von anderen mißbraucht wurde, so war es als untergeordnetes Werkzeug. Aber es mußte jemand vernichtet werden; das Gebot mußte beschwichtigt werden. Wir haben großes Mitleid, obwohl keine körperliche Sympathie mit van der Lubbe gehabt. Aber die Tatsache, daß man diesen Mann mit diesem Körper und diesem Wesen unter das Rad gestellt hat — sie erfüllt uns mit Abscheu und Widerwillen.“

werden nur wenige in der Welt sein, die glauben, daß die obersten Führer des dritten Reiches es wirklich wagen würden, das gebrochene Riet, das von der Lubbe schon un-mittelbar nach seiner Verurteilung war, für immer zu knicken. Hitler muß sich selbst Rechenschaft gegeben haben von dem Sturm der Entrüstung, der sich nach der Hinrichtung gegen ihn erheben würde. Es müssen also für den Nationalsozialismus sehr zwingende Gründe bestanden haben, es dennoch zu wagen. Diese zwingenden Gründe können keine anderen gewesen sein, als dem gefährlichen van der Lubbe für immer das Schweigen aufzuerlegen. Besonders für die holländische Regierung ist die Hinrichtung von der Lubbe ein Schlag ins Gesicht. Sie hatte ein Gnadengesuch für van der Lubbe eingereicht. — Der heutige Tag (Tag der Hinrichtung) hat den Kreis der Haßer und Verächter der Nazi-Herrschaft vergrößert!

Grundsätze des Rechts

Wir entnehmen aus „De Waasbode“ (Kath.):

„Für diese Brandstiftung konnte und mußte eine schwere Strafe ausgesprochen werden. Konnte es die Todesstrafe sein? Alle nichtdeutschen Rechtsgelehrten antworteten un-nunwunder und einhellig: nein. Die Strafe für eine Missetat kann und darf nie schwerer sein, als sie in dem Augenblick ist, in dem das Verbrechen begangen wird... Nur gewisse nationalsozialistische Kreise, die zu dem sogenannten ar-manischen Recht zurückkehren wollten — über welches man sich im Augenblick praktisch absolut noch nicht klar ist und das erst konstruiert werden muß — wollen mit diesem Grundgesetz, der überall in der zivilisierten Welt Gültigkeit besitzt, brechen. Und diesmal haben sie ihren Sinn durchgesetzt, obwohl sie wußten, daß die öffentliche Meinung in der ganzen Welt dadurch aufs heftigste erschüttert werden und daß das Vertrauen in eine ehrliche Rechtspflege in Deutsch-land insanken geraten würde. — Van der Lubbe ist hingerichtet.

Eine schöne Blattfelle in der Geschichte des deutschen Rechtswesens ist das nicht.“

„Um die Wut zu kühlen“

„De Nieuwe Rotterdamse Courant“ schreibt unter anderem:

„Deutschland hat sich besonders eifrig die Vernichtung des bedauerenswerten van der Lubbe angelegen sein lassen, um seine Wut zu kühlen, daß andere, die viel bedeutender sind als er und die sie an erster Stelle treffen wollten, ihrem Griff entwischt sind; zumindest auf juristischem Gebiet. Ein Opfer mußte doch wenigstens fallen. Hitler hatte bereits in der Öffentlichkeit eine Erhängung angekündigt, bevor sich noch ein Richter mit der Sache befaßt hatte. Ohne Blut ging es nun einmal nicht. Und Blut ist geflossen. Aber was für Blut! In nahezu der ganzen Welt — ob falschlich oder nicht — werden die Meinungen über diese Hinrichtung nicht viel voneinander abweichen. Eine Beurteilung von deutscher Seite findet sich schon in der Tatsache, daß der Beschluß zur Hinrichtung, gegen alle redliche Erwartung, nicht vorher angekündigt wurde.“

„Ein verwirrter Phantast“

„De Nederlander“ (Christ.-hist.) gibt das folgende Urteil:

„Man hat einen verwirrten Phantasten behandelt wie einen Verbrecher von großem Sill, der im Augenblick der Hochspannung im Herzen der deutschen Hauptstadt ein Kanak zum Himmel senden wollte. Man hat ihm, der allein wissen konnte, wer die Schuldigen waren, schließlich im wahren Sinne des Wortes den Mund geklopft.“

„Typisch deutscher Fehler“

In „De Tijd“ (Kath.) lesen wir u. a.:

„Unserer Regierung gegenüber hätte die deutsche Regie-rung wohl etwas mehr Rücksichten nehmen können, auch wenn es nicht zu ihren Gewohnheiten zu gehören scheint, mit Rücksichtnahmen zu verwehren. Vom psychologischen und diplomatischen Standpunkt muß dieser mit Recht bei vielen Aerger erregende Schluß des van der Lubbe-Dramas als typisch deutscher Fehler charakterisiert werden, der in Deutschland wahrscheinlich wieder als vorbildliche Tapfer-keit gepriesen wird. Die Meldung, daß der „ehrwürdige Reichspräsident von Hindenburg“ von seinem Begnadigungs-recht keinen Gebrauch machen wollte, wird daran wenig ändern.“

„Ein juristisches Verbrechen“

Ein anderes katholisches Blatt „De Volkskrant“ äußert u. a.:

„Der Reichstagsbrand hat ein Opfer gefordert. Van der Lubbe ist das Opfer geworden, beladen mit der Schuld ge-“

„Heraus mit Dimitroff!“

Die Aufmerksamkeit wachhalten!

Seit Wochen befinden sich Dimitroff und seine Kameraden trotz Freispruch im Leipziger Polizeigefängnis. Seit Wochen verliert die Hitler-Regierung die breite Öffentlich-keit aber das Schicksal der Freigesprochenen dadurch zu hintergeben, daß sie eine „alsbaldige Ausweisung“ unter Hinweis auf stattfindende Verhandlungen mit ausländischen Staaten für die völlig willkürliche Gefangenhaltung der Frei-geprochenen vorschlägt. Nachdem die Hitler-Regierung für Mitte dieser Woche einen Bescheid in Aussicht gestellt hatte, erfährt nunmehr das Verteidigungskomitee für den Reichs-tagbrandprozeß aus Berlin, daß die zuständigen Behörden nach wie vor ohne Anweisung sind, was auch in den nächsten Tagen mit Dimitroff und seinen Kameraden geschehen solle. Darüber hinaus verliert die Hitler-Regierung sich für ihre Niederlage in Leipzig zu rächen: Unter Bruch der bisher in den Beziehungen der Staaten geübten Gepllogenheiten und unter völliger Mißachtung des internationalen Rechtes, wo-nach ein von Ausweisung bedrohter Ausländer das Recht hat, die Ausreisegrenze selbst zu bestimmen, hat die deutsche faschistische Regierung Dimitroff und seine Kameraden wissen lassen, daß nur sie allein und nicht die Frei-geprochenen die Ausreisegrenze festlegen würden!

Diese Tatsachen sind geeignet, die breite Öffentlichkeit aufs höchste zu alarmieren. Die Hitler-Regierung glaubt, durch absichtliche Hinandsetzung der Ausweisung die Auf-merksamkeit der Welt einschläfern zu können. Die Hitler-Regierung wird sich täuschen! Dimitroff und seine Kame-raden stehen unter dem Schutze der gesamten Öffentlichkeit. Eine breite Protestwelle wird der Hitler-Regierung be-weisen, daß die Welt nicht länger gewillt ist, das skandalöse Verhalten der Nazi-Regierung zu dulden. Sie verlangt die sofortige Freilassung und Ausweisung der Freigesprochenen über eine von ihnen selbst gewählte Grenze!

Ignotus:

Europäische Gedanken

Der Völkerbund tagt — Krise und Aussichten des Völkerbundes — Roosevelt und Stalin für den Völkerbund — Die Saarfrage

Der Völkerbundsrat tagt. Zum ersten Male ohne Deutschland. Von den sieben Staaten, die als Groß-mächte gelten dürfen, haben nun schon zwei Japan und Deutschland, den Völkerbund verlassen. Zwei andere, die Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion, haben ihm nie angehört. Und von den übrigen drei hat Italien in einer offensichtlich drohenden Form nach einer gründlichen Reform des Völkerbundes verlangt.

Ist das nicht eine schwere Krise des Völkerbundes? Ge-wiß! Zugleich, aber zum ersten Male seit Jahren, eine ernsthafte Chance für den Völkerbund, sich zu einer wirk-lichen Organisation des Friedens zu entwickeln. Die beiden Mächte, die den Völkerbund verlassen haben, sind doch zugleich die beiden Mächte, durch deren Politik der Weltfrieden bedroht wird. Die beiden Mächte aber, die dem Völkerbund nie angehört haben, sind auf der Seite der Friedenspolitik, und die führenden Staatsmänner in Amerika und der Sowjetunion haben kürzlich ganz un-zweideutige Sympathieerklärungen für den Völkerbund abgegeben. „Der Völkerbund ist ein stützender Pfeiler im Bau des Weltfriedens geworden“, sagte Roosevelt, und im gleichen Sinne und ungefähr zur gleichen Zeit haben sich in Moskau Stalin, Molotow und Lit-wino w geäußert.

Kamentlich die russische Außenpolitik macht eine Wan-dlung von großer historischer Bedeutung durch. Die Rede von Litwinow verdient es, nicht nur aufmerksam gelesen, sondern in ihrem Wortlaut durchstudiert zu sein. Sie ist für die neue Orientierung der russischen Außenpolitik, der zweifelsohne eine dauerhafte Geltung zukommt, grund-legend. Wir behalten uns eine eingehende Betrachtung dieser neuen außenpolitischen Orientierung der Sowjet-union vor. Für heute interessiert die Stellungnahme zum Völkerbund, die sich für die Sowjetunion aus dieser neuen außenpolitischen Orientierung ergibt. „Es ist nicht aus-geschlossen“, sagt Stalin selbst in seinem Interview mit dem Vertreter der „New York Times“, „daß wir den Völkerbund trotz seiner kolossalen Mängel unter-stützen werden.“ Man darf sich nicht darüber wundern,

„Etwas zu verbergen“

Der holländische Advokat Dr. Stompas sah, wie in einem Interview mit einem Redakteur von „Ha Post“ über die verweigerte Ueberführung der Leiche von der Lubbe u. a. folgendes:

„Nun fange ich auch an zu glauben, daß die Nazis etwas zu verbergen haben. Sie dachten in Deutschland sicher, um diesen Revolutionär bekümmert sich niemand in Holland. Aber sie haben vergessen, daß wir von der Lubbe als einen Menschen und als einen armen Schlucker beschauen.“

„Gefühle von Abscheu“

Zur Hinrichtung von der Lubbe schreibt das holländische Sozialistenblatt u. a. noch:

„Gefühle von Abscheu und ohnmächtiger Wut heigen in jedem auf der von diesem Brand her. Wir wußten, daß der Nationalsozialismus bei seiner Missetat, wie barbarisch sie auch sei, zurücktreten würde. Und doch, und doch es

daß die russischen Staatsmänner ihr Bekenntnis zum Völkerbund außerordentlich vorsichtig formulieren. Es handelt sich doch dabei um einen entscheidenden Bruch mit politischer Tradition, die bis jetzt immer als unerschütterlich und unabänderlich dargestellt wurde.

Mit der Unterstützung der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion kann der Völkerbund wirklich zu einem Bollwerk des Friedens werden. Als Vereinigung der Mächte, die gewillt sind, die Friedensstörer unter den stärksten Druck zu setzen. . . Solche Entwicklung des Völkerbundes ist jetzt möglich. Es ist aber leider nicht sicher, daß diese Möglichkeit auch verwirklicht wird. Dazu gehört vor allem, daß die Mächte — und das gilt in erster Linie für England — mit manchen Illusionen und Schwächen ihrer Politik gründlich Schluß machen. Durch solche Illusionen werden die Bemühungen bestimmt, die beiden widerspenstigen Mächte, Japan und Deutschland, zurück in den Völkerbund zu bringen und auf diese Weise die Umgestaltung des Völkerbundes in eine wirkliche Friedensorganisation endgültig unmöglich zu machen. Die Austritte Japans und Deutschlands aus dem Völkerbund waren an sich für ihn keine Verluste, sondern Gewinn — oder konnten mindestens bei der entsprechenden Politik der anderen Mächte zu Gewinnen für den Völkerbund werden, denn auf diese Weise ist diese Organisation von ihren schlimmsten Feinden befreit worden. Wenn man sich jetzt um die Rückkehr von Japan und Deutschland bemüht, so ist das ungefähr dasselbe, als wenn man die Kriminalpolizei durch die Vertretung von Eindringern stützen und Schlagkräftiger machen wollte!

Heute sind wir ausnahmsweise in einem Punkt mit der gleichgeschalteten deutschen Presse einig: der Völkerbund hat eine Prüfung von entscheidender Bedeutung zu bestehen. Dies bezieht sich auf den wichtigsten Punkt der Tagesordnung dieser Tagung des Völkerbundesrates, nämlich auf die Saarfrage. Es steht zwar nur eine Vorfrage zur Entscheidung und nicht das ganze Saarproblem. Der Völkerbundsrat hat die Beschlüsse über die Vorbereitung der Abstimmung an der Saar zu fassen. Diese Beschlüsse sollen aber schon jetzt zum Ausdruck bringen, wie der Völkerbundsrat die Frage der Abstimmung grundsätzlich auffaßt. Es ist nicht die Sache des Völkerbundesrates, sich zu irgendwelcher von drei möglichen Lösungen: Anschluß an Deutschland, Anschluß an Frankreich oder des Beibehaltens des Status quo, zu bekennen. Es ist aber seine Pflicht, zu den Voraussetzungen einer freien und unabhängigen Abstimmung unzweideutig Stellung zu nehmen. Es ist seine Pflicht, dem nationalsozialistischen Terror gegenüber nicht nur auf dem Papier, sondern tatsächlich die Sicherheit dafür zu schaffen, daß kein einziger Mensch gegen seinen Willen diesem Terror ausgeliefert wird. Solange eine solche Sicherheit nicht effektiv vorhanden ist, kann von einer freien Abstimmung nicht die Rede sein und darf also keine Abstimmung stattfinden.

Es wäre lächerlich, sich auf den Standpunkt zu stellen, daß der Nationalsozialismus im Saargebiet eine Partei, wie alle anderen, sei. Es ist nicht eine Partei, sondern der ganze nationalsozialistische Staat mit allen seinen Machtmitteln, der die Saarbevölkerung unter dem unerhörten Druck hält. Deshalb handelt es sich nicht darum, daß der Völkerbund irgendwelche Partei zu unterdrücken versucht, sondern darum, daß er sich um die Befreiung der seinem Schutz anvertrauten Bevölkerung vom unerträglichen Druck bemühen soll. Der Einwand, es sei die Sache der Bevölkerung selbst, wenn sie ihren politischen und wirtschaftlichen Selbstmord begehen will, ist nicht stichhaltig. Auch wenn wir das „Recht auf Selbstmord“ anerkennen wollen, so höchstens für den Fall, daß der Selbstmord wirklich freiwillig und nicht erzwungen ist. Es kann aber von keinem freiwilligen Selbstmord die Rede sein, wenn er unter der Drohung des Todes und Totschlagens — in wörtlichem oder übertragenem Sinne — verübt wird.

Die Mehrheit der Saarbevölkerung will aber keinen Selbstmord. Sie weiß aber noch nicht, wie sie anders den Nord und Totschlag vermeiden könnte. Die Pflicht des Völkerbundes ist, dieser Mehrheit der Saarbevölkerung den Weg ins Leben zu zeigen. Und wenn das geschieht, so wird der Nationalsozialismus im Saargebiet bald sein Wunder erleben. Schon jetzt ist die Wandlung unverkennbar, — oder genauer: schon jetzt werden die Dinge sichtbar, die bisher unterdrückt oder verschleiert wurden. Wir stützen uns hierbei auf die Zeugnisse von Beobachtern, die zu keiner der im Saargebiet ringenden Parteien gehören. Die Sozialdemokratie, die den Mittelpunkt des Widerstandes gegen Hitler darstellt, hat sich konsolidiert und läßt sich durch keine Intrigen, weder durch die Verleumdungen noch durch die Attentate unterminieren. Die Kommunisten werden trotz des Hasses ihrer Führung gegen die Sozialdemokratie durch die Stimmung der Massen gezwungen, sich faktisch dem sozialdemokratischen Standpunkt anzuschließen. Die Katholiken, die die Gleichschaltung zum großen Teil nicht aus der Ueberzeugung, sondern unter dem Druck der materiellen Abhängigkeit mitgemacht haben, fangen an, sich zu rühren. Die katholischen Kräfte des Widerstandes sammeln sich: darüber berichten übereinstimmend alle, die in der letzten Zeit die Gelegenheit hatten, dem Gottesdienst in katholischen Kirchen des Saargebietes beizuwohnen. Die Gärung innerhalb der „deutschen Front“, in der sich alle bürgerlichen Parteien zusammengefunden haben, ist nicht mehr zu bestreiten. Der beträchtliche Teil der Geschäftsleute zittert schon vor der Perspektive des wirtschaftlichen Zusammenbruchs, der ihm der Anschluß an das „dritte Reich“ verspricht. Ueber alles das ist die Hitler-Regierung am besten informiert, und das ist der Grund weshalb sie einen so starken Wunsch hat die Saarfrage zum Prüfstein „einer wahren Friedenspolitik“ (Papen) zu machen und in Besitz des Saargebietes ohne Abstimmung zu gelangen.

Diese von der Reichsregierung und von den Nationalsozialisten im Saargebiet selbst gewünschte Lösung darf jetzt als ausgeschlossen gelten. Sie wird nicht nur von Frankreich, sondern auch von den meisten im Völkerbund vertretenen Mächten auch darunter von England abgelehnt. In Europa beginnt man die Saarfrage als ein eminent wichtiges europäisches Problem zu sehen. Sie ist wirklich zum Prüfstein einer wahren Friedenspolitik geworden, aber in einem anderen Sinne als Herr Papen meint. Sie ist nämlich der Prüfstein dafür, ob die europäischen Mächte bereit sind, dem Terror des national-

sozialistischen Deutschland zu weichen oder willens sind, diesem Terror wirksamen Widerstand zu leisten. „Kein einziger Mensch mehr darf der Barbarei ausgeliefert sein!“ hat vor einiger Zeit der frühere englische Außenminister Austen Chamberlain, dessen Einfluß in England sehr stark ist, erklärt. Man darf vom Völkerbundsrat erwarten und von ihm verlangen, daß er sich diesem Grundsatz anschließt.

Englische Stimmen

London, 15. Jan. Die „Times“ beschäftigt sich in einem Leitartikel mit den Aufgaben des am Montag zusammen tretenden Völkerbundesrates und hebt hervor, daß der Rat auch Nachfolger für den Vorsitzenden und die Mitglieder der Regierungskommission für das Saargebiet zu ernennen haben werde, deren Amtsdauer im März abläuft. Das Blatt betont, daß es gerade gegenwärtig von besonderer Wichtigkeit sei, die neue Saarregerung aus Männern von unparteiischer Gesinnung zu bilden, da die Saarfrage während der nächsten 12 Monate eines der schwierigsten Probleme sein werde. Die „Times“ zählt einige dieser Schwierigkeiten auf, erwähnt besonders den Umstand, daß nach den Friedensverträgen das Saargebiet nicht als unteilbar betrachtet zu werden brauche, daß die Bergwerke gegenwärtig Frankreich gehören und daß sie im Falle der Rückgabe des Gebietes an Deutschland vom Reich in Gold zurückgekauft werden müßten. Auf jeden Fall, so schließt das Blatt, werde der Völkerbund dafür zu sorgen haben, daß die Abstimmung frei, geheim und vertrauenswürdig verlaufe. Zur Festlegung der Bedingungen der Wahlhandlung werde wahrscheinlich ein kleiner Ausschuss ernannt werden. Für eine Ueberzeugung bestehe kein Anlaß.

Der Saarbrücker Sonderberichterstatter des „Daily Express“, Sefton Delmer, will wissen, daß die Franzosen in Genf anregen werden, die Volksabstimmung im Saargebiet einzuweilen aufzuschieben. Der Berichterstatter bezweifelt jedoch, daß Deutschland sich damit zufriedengeben werde. Die Lage im Saargebiet schildert der

Schutzherr Mussolini

Ueber Oesterreich

Paris, 15. Jan. Der Außenpolitiker des „Echo de Paris“ bespricht die Lage in Oesterreich und bezeichnet den Plan, den Graf Alberti gehabt haben soll, als verfehlten Staatsstreik. In dem Artikel kommt dann eine gewisse Skepsis hinsichtlich der Organisierung des korporativen Systems in Oesterreich zum Ausdruck. Mussolini, so schließt der Artikel, habe dafür die Garantie übernommen, daß die Unabhängigkeit Oesterreichs nicht hinfällig werde, und Mussolini hätte Dollfus und Fürst Staroberg diesen Versuch einer österreichischen Erneuerung durch den Faschismus angeraten. Vielleicht wäre es angebracht, wenn Mussolini dieses Experiment jetzt etwas wirksamer gegenüber der deutschen Offensive schützen würde.

Um die Pressefreiheit

In Frankreich

Paris, 15. Jan. Das Gesetz zur verstärkten Bekämpfung von Verleumdungen durch Presseveröffentlichungen, das der Justizminister als Folge des Stavisky-Skandals eingebracht hat, hat keine gute Presse. Viele französische Zeitungen glauben sich in ihrer Pressefreiheit bedroht.

Die Jugend als Beute

Teilung zwischen Hitlerjugend und Arbeitsfront

In Ergänzung des Abkommens zwischen dem Führer der Deutschen Arbeitsfront und dem Jugendführer des Deutschen Reiches, monach die Hitler-Jugend auch die Jugend der Deutschen Arbeitsfront umfaßt, ist jetzt, wie der Parlamentsdienst des Deutschen Nachrichten-Büros meldet, eine Vereinbarung getroffen worden, nach der in Zukunft die männliche Jugend bis zum vollendeten 18. Lebensjahre und die weibliche Jugend bis zum vollendeten 17. Lebensjahre nicht mehr von der Deutschen Arbeitsfront, sondern von der Hitler-Jugend bzw. dem Bund deutscher Mädel erfasst wird. Wie das Jugendamt der Deutschen Arbeitsfront dazu mitteilt, ist mit dieser Verfügung die Hitler-Jugend erneut als die einzige deutsche Jugendorganisation bestätigt. Die von der neuen Vereinbarung betroffenen Jugendlichen dürfen auch nicht mehr den Berufs- und Fachverbänden der Arbeitsfront angehören.

Leipziger Sender brennt

Riesenfackel im Sturm

Leipzig, 14. Jan. Seit der 10. Abendstunde steht der obere Teil eines der beiden Sendertürme des Leipziger Senders in Flammen. Das Feuer trat in etwa 100 Meter Höhe auf. Die beiden etwa 125 Meter hohen Türme wurden im Jahre 1932 im Holzbau errichtet. Der Sendebetrieb für den Bezirk

Zu Hollands Protest gegen das Verbrechen von Leipzig

Fortsetzung von der 1. Seite

wissenloser Agitatoren, die selbst außer Schußweite geblieben sind. Das Todesurteil an van der Lubbe wird in der Geschichte fortleben als ein juristisches Verbrechen, das durch keine Hitler-Autorität gedeckt werden kann.

„Ein Skandal“

Henri de Jongh, der von der Lubbe persönlich gefannt hatte, äußerte u. a.:

„Van der Lubbe war ein sozialer Mensch und ich erachte ihn sicher nicht zu gut für eine Gewalttat. Aber daß das heutige Deutschland nicht davor zurückgeschreckt ist, diesen schwankenden und halb-imbizillen Schläger umzubringen, um seine düsteren Ziele zu erreichen, ist ein Skandal, der bei jedem anständig denkenden Menschen nur Abscheu erregen kann.“

Die Macht hat gesiegt

„Het Algemeen Handelsblad“ (Amsterdam) schreibt u. a.:

„Die Hinrichtung von der Lubbe beweist, daß man in Deutschland in sehr bedenklicher Weise mit dem Recht herumspringt. Man hat hier ein Menschenleben ohne rechtliche Gründe einem Wunsche geopfert, um den Erwartungen, die durch einen mißglückten politischen Prozeß geweckt waren, Genugtuung zu schenken.“

Berichterstatter u. a. wie folgt: In Saarbrücken, innerhalb der französischen Zollgrenze flattert die Hakenkreuzfahne von den Dächern. Heil Hitler! Ist der allgemeine Gruß. 280 000 Deutsche werden regiert von einem rothaarigen Engländer namens Anor. Obwohl das französische Hinterland und das französische Kolonialreich die besten Märkte des Saargebietes sind, steht es völlig außer Frage, daß die Mehrheit der Saarbevölkerung in ihrem Nationalbewußtsein und ihrer Vaterlandsliebe für Deutschland stimmen wird.

Hilters Nein!

Die deutschen Sorgen

DNB, Paris, 15. Jan. Der Petit Parisien bringt einen längeren Artikel seines Berliner Korrespondenten. Eingangs wird darin erklärt, die deutsche Antwort auf die letzte französische Denkschrift werde trotz entgegenkommender Form den deutschen Standpunkt, der zum französischen in direktem Gegensatz stehe, restlos aufrechterhalten. Man habe jedoch Anhaltspunkte dafür, daß die deutsche Regierung die deutsch-französischen diplomatischen Verhandlungen nicht zum Abbruch kommen lassen werde. Denn sie böten den Vorteil, daß die Zeit verstreiche und daß die öffentliche Meinung beschäftigt werde.

Der Berliner Korrespondent stellt dann eine Reihe von Behauptungen auf, die sich auf die Lage in Deutschland beziehen. So behauptet er, daß die politisch-religiösen Fragen Sorge machten und daß die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu wünschen übrig lasse; ferner daß zwischen Reichswehr und braunem Heer gewisse Streitigkeiten beständen und daß außenpolitisch die Kleine Entente und die Haltung Rußlands zu denken gäben. Das nationalsozialistische Regime stehe am Scheidewege. Es müsse jetzt zwischen der Normalisierung, d. h. der täglichen Arbeit ohne großes Aufheben, oder der Fortsetzung der Kundgebungen der revolutionären und revisionistischen Dynamik wählen. Im letzteren Falle müsse es aber auch die dann unvermeidlichen innen- und außenpolitischen Folgen hinnehmen.

Leipzig mußte eingestellt werden. Kurzschluß kommt, soweit man bisher überleben kann, als Entschuldigungsursache nicht in Frage. Durch den herrschenden starken Wind wird die Ausbreitung der Flammen außerordentlich begünstigt, so daß der Senderturm wie eine riesige flammende Fackel in der weiten Landschaft der Leipziger Ebene steht.

Orkan im Kanal

Selbst Panzerschiffe behindert

London, 15. Jan. Die britischen Inseln sind am Sonntag von schweren Stürmen heimgesucht worden. Der Wind erreichte eine Stärke von mehr als 120 km/h. Der französische Ozeandampfer „Cassagne“, der gestern mit 24 Passagieren aus New York in Plymouth landen sollte, konnte nicht anlegen und fuhr nach seinem Endziel Le Havre weiter. Der Hamburg-Amerika-Dampfer „Magdalena“, der sich auf der Heimreise von Mittelamerika und Westindien befindet, ließ wohl behalten in den Hafen ein und verließ ihn trotz des Unwetters auch wieder. Als die „Magdalena“ im Kanal eintraf, erreichte der Wind Orkanstärke. Wegen der hohen See, der Dunkelheit und des Regens konnte der Post nicht an Bord kommen, und die „Magdalena“ wurde von einem Rettungsboot in den Hafen geführt, wo sie Passagiere, Post und Ladung, die aus Edelmetallen bestand, landete.

Die Flottenflotte von Plymouth mußte mit leeren Behältern zurückkehren. Das Panzerschiff „Nelson“, das am Freitag festgelaufen, dann aber wieder flottgekommen war und gestern den Hafen Portsmouth verlassen wollte, mußte seine Abfahrt verschieben.

Das Neueste

Vor dem Hause in der Klethenstraße in Berlin, in dem die Brüder Gorki und Werner Döhl aufgewachsen sind, wurde am Sonntag eine Gedenktafel feierlich eingeweiht. — Jedem Haus eine Gedenktafel!

Der Ortsgruppenleiter der NSDAP, Dr. Schrang, Beamter der Finanzabteilung der Opelwerke, ist zum Kommisariatsbürgermeister in Offenbach ernannt worden. — Ein Parteibonze mehr an der Futterkrippe.

Der Pariser Berichterstatter der „Times“ meldet, daß Henderson binnen kurzem in Paris erwartet werde, um die Verhandlungen der Abrüstungskonferenz zu eröffnen. Man glaubt, daß nach einer formellen Sitzung des Büros in Genf die Konferenz wieder vertagt werden wird, und zwar mindestens bis zum Februar.

Der Wiener Berichterstatter der „Times“ bezeichnet den Uebertritt des Grafen Alberti, des Führers des Heimatschutzes von Niederösterreich, zu den Nationalsozialisten als schweren Schlag für den Heimatschutz. In vielen Kreisen fürchtet man, daß sein Beispiel anregend wirken und zu einer Schwächung des Heimatschutzes führen werde.

Die Macht hat gesiegt, und die deutsche Regierung hat eine gute Gelegenheit verfaßt, um zu beweisen, daß der Nationalsozialismus, wie man auch im übrigen über ihn denken mag, nicht mit einem System identifiziert werden darf, in dem für die Rechtsgrundlagen, die in allen kultivierten Ländern der Welt gültig sind, kein Platz mehr ist. Durch die Urteilsvollziehung in Leipzig hat der deutsche Rechtsstaat einen schweren Schlag erlitten. Von einer Politik, die sich eines traurigen Opfers bedurft, schon ganz zu schweigen.

„Entfachte barbarische Instinkte“

Der „Residentische“ schreibt zu der Entschaltung von der Lubbe: „Die Deutschen folgen auf neue der Forderung: Wir müssen unsere barbarischen Instinkte entfachen.“ Das ist ein Wort von Goethe, und es ist ungefähr das einzige, das der Wortführer des „dritten Reiches“ von diesem berühmten Dichter gern zitiert.“

Dimitroffs Mutter

Leipzig, 14. Jan. (Anpre.) Die Mutter Dimitroffs, die seit drei Wochen in Leipzig auf die Freilassung ihres Sohnes wartet, beginnt alle Hoffnung zu verlieren. Die Behörden behandeln sie völlig willkürlich. Heute wird ihr erlaubt, ihren Sohn zu besuchen, morgen wird ihr der Zutritt verweigert. Einmal darf sie Lebensmittel und Zigaretten ins Gefängnis bringen, ein andermal wird es ihr brutal verweigert. Alle Fragen nach dem Schicksal der Eingekerkerten werden stereotyp beantwortet: „Man weiß noch nichts.“

Seitdem von der Lubbe plötzlich entpuppt wurde, kursieren in Leipzig die schrecklichsten Gerüchte.

Pfälzer Brief

Bauern und Milchhändler

Das interessanteste, was gegenwärtig auffällt, ist die Empörung der Bauern und Milchhändler. Unter Hinweis auf das Reichsmilchgesetz müssen jetzt fast überall die Bauern ihre Milch in städtische Sammelstellen abliefern. Diejenigen, die an Händler geliefert hatten, bekommen 4 Pf. weniger pro Liter und bei denjenigen, die sie gleich selbst verkauft haben, macht es sogar 14 Pfennig aus. Darüber herrscht natürlich unter den Bauern eine ungeheure Empörung und in zahlreichen Fällen ist die SA-Uniform ein geradezu fanatischer Kämpfer für das „dritte Reich“ in grobem Bogen in die Kumpelkammer geschlagen. Auch die Händler sind empört, weil sie erstens die Milch jetzt sofort beim Empfang bezahlen müssen und weil die neue Methode für sie auch eine Verdienstminderung von 4 Pfennig pro Liter bedeutet. Einige Händler erklärten, wir verkaufen keine Milch mehr und gehen aufs Wohlfahrtsamt. Aber da wurde ihnen sofort mit dem Konzentrationslager gedroht wegen Sabotage. Bei den Bauern wurde die Empörung noch gesteigert durch die Forderung, ein bestimmtes Quantum Magermilch als Viehfütterung von den Molkereien zurückzukaufen. Sie schimpfen also, weil sie auf diese Weise ihre viel zu schlecht bezahlte Milch wieder zurückkaufen müssen. In dieser Schädigung kommt nun noch die Vorbereitung zur Durchführung des Erbhoheitsgesetzes. Bauern mit 25 Morgen Land wurde die Anwendung des Gesetzes angeündigt. Dadurch ist in zahlreichen Familien schon Haß und Streit eingetreten, denn die jüngeren Geschwister wollen natürlich nicht die Knechte und Mäde der älteren werden. Diese verfehlte Bauernpolitik wird Hitler noch schwer zu schaffen machen.

Das Gutscheinsystem

Eine weitere Angelegenheit, die aufwühlend wirkt, ist das Gutscheinsystem. Es gibt zunächst eine Winterhilfe, die natürlich weit miserabler ist als das, was die arme Bevölkerung bisher gemohnt war. Unter geradezu entwürdigenden Bedingungen müssen die Scheine in Empfang genommen werden und ohne Arbeitsleistung werden sie nur ausnahmsweise verauslagt. Es gibt nur Gutscheine, mit denen, von geringen Ausnahmen abgesehen, nur Kleidungsstücke und Wäsche gekauft werden dürfen. Die Geschäfte sind vorgeschrieben, wobei jüdische Geschäfte ausgeschlossen sind und in der Regel am teuersten Platz beim größten Spielbühnen gekauft werden muß. Aber diese Spielbühnen haben nun auch schon ein Saar in der Suppe gefunden. Neben diesen Gutscheinen gibt es auch noch die der Ehestandsbeihilfe. Wenn nun die Geschäftleute zur Einlösungshilfe kommen, werden sie abgewiesen, weil kein Geld vorhanden ist. Ein geringer Teil der Gutscheine kann zu Steuerzahlungen und sonstigen öffentlichen Abgaben verwendet werden. Das ist aber nur ein geringer Teil. Mit dem größeren Rest wird schon in erheblichem Umfang Handel getrieben und unter Ausnutzung der Notlage selbstverständlich mit stark gesenkten Preisen. Tatsächlich besteht also schon durch die Verwendung von Gutscheinen anstatt Geld eine Zahlungsmittelvermehrung und eine kleine Inflation. Auch die Bedürftigen, die keine Kleider, aber Nahrungsmittel nötig hätten, verkaufen ihre Gutscheine weit unter dem Wert weiter, um etwas Bargeld auf die Hand zu bekommen.

Die Wohlfahrtsarbeiter

Das traurigste Kapitel ist die Beschäftigung der Wohlfahrtsarbeiter. Sie müssen bei einer Zulage von 2.- Mark mindestens 6 halbe Tage arbeiten und wurden davon auch während der kalten Witterung nicht verschont. Am Flugplatz in Pirmasens, auf dessen Fertigstellung stark gedrängt wurde, mußten während der kalten Witterung etwa 3000 Wohlfahrtsunterstützungsempfänger arbeiten. Auf 10 Mann kommt ein Aufsicher. Da es einige Mal zu Kritik und sogar zu Arbeitsniederlegungen kam, wurden jetzt die Aufseher bewaffnet und mit Polizeibefugnissen versehen. Sie haben Anweisung, Widerpenstige sofort niederzuschlagen. Den Anordnungen der Unternehmer, die pro Mann und Tag 20 Pfennig bekommen für die Aufsicht, ist ohne Widerspruch Folge zu leisten. Schläge sind keine Seltenheit. Ein Arbeiter, der sich erlaubte ein Pfeifchen anzukunden, wurde so angebrüllt, daß er sich nicht mehr beherrschten konnte und den Unternehmer niederschlug. Er wurde sofort abgeführt, allerdings auf Fürsprache hin unter Verurteilung auf die große Kälte nach 4 Tagen wieder freigelassen. Ein anderer Arbeiter, der beim Heimweg zufällig dem Sonderkommissar begegnete und nach dessen Ansicht zu früh die Arbeitsstelle verlassen hatte, wurde infolge seiner Widerrede auf der Straße vom Begleiter des höchsten Beamten niedergeschlagen.

Infolge der ungewohnten Arbeit und dem Anreizsystem gibt es fast täglich schwere Unfälle. Im Krankenhaus liegen schon Leute, die ihre Arbeitsfähigkeit völlig verloren haben. Der ungewohnte Aufenthalt in der kalten Luft auf einem 400 Meter hoch liegenden Gelände hat auch viele Erkrankungen zur Folge. Da unter diesen Sklaven auch zahlreiche Rassenhänger sind, die am meisten schimpfen, weil sie sich hierzu für berechtigt halten, hat sich der Reichheit der Bevölkerung eine große Aufregung bemächtigt. Schon der Anblick dieser von der Arbeit zurückbleibenden Wohlfahrtsarbeiter wirkt geradezu aufreizend. In Ansprachen der Führer werden sie jedesmal als Marxistenpaß, als Faulenzergewindel, als Aufwähler und mit ähnlichen Kosenamen bedacht. In diesen Kreisen spricht man deshalb viel „von den alten alten Zeiten“, in der es solche Gemeinheiten und eine solche Menschenverachtung nicht gab.

Die Weihnachtsbeihilfe

In den letzten Jahren zahlten viele Gewerkschaften ihren bedürftigen Mitgliedern eine Weihnachtsbeihilfe aus. Die jetzigen Verwalter des geschloffenen Gewerkschaftsvermögens versprochen das Doppelte der früheren Unterstützungen, aber gezahlt wurde kein Pfennig. Von dem ganzen Vermögen wird wahrscheinlich nicht mehr viel vorhanden sein. Die Mitglieder wurden damit getötet, das Geld wäre der allgemeinen Winterhilfe gespendet worden.

Das gestohlene Arbeitervermögen

Die diese Kurzsichten mit dem gestohlenen Vermögen der Arbeiter umgehen, mag am Beispiel eines Konsumvereinskommisars geschildert sein. Dieser ganz unfähige Kurzsicht hat sich sofort 380 Mark Gehalt gesichert und fährt im Auto spazieren. Kürzlich konnte er den noch ziemlich neuen Wagen an einer abhelfigen Stelle nicht mehr halten und fuhr auf ein Haus. Es passierte ihm nicht viel, aber der Wagen war unbrauchbar. Derselbe Kurzsicht hat sich jetzt als ein ganz gefährlicher Schürzenjäger entpuppt, der die Abhängigkeit der Verkäuferinnen für seine Passionen ausgenutzt hat. Seine eigenen Fas. laufen nun gegen ihn Sturm, aber man ist davon überzeugt, daß aus Prestige-gründen wohl die Aufläger liegen werden.

Der neue Gewerkschaftsbeauftragte fünf ließ sich auf-fallend lange nicht im Büro sehen, jetzt hat sich herausgestellt, daß er anlässlich einer Versammlung in Siebeldingen während seiner Schimpfrede mit dem entscherten Revolver in der Tasche spielte und sich in den Oberkörper schob.

Schlechtes Geschäft

Der Weihnachtsverkauf wird allgemein als sehr schlecht bezeichnet. Es gibt Geschäftsleute, die behaupten, 40 Prozent weniger umgesetzt zu haben als im vorigen Jahr. Das beste Geschäft machten die Warenhändler und Einheitspreis-

Morddrohung an der Saar

Ein unkämpftes Land - Aufreizung zum Abknallen von Max Braun - Die Freiheitsfront an den Völkerbundsrat - Marschieren Abstimmungstruppen ein?

Saarbrücken, den 15. Januar.

Der Vorposten, das offizielle Blatt der Nationalsozialistischen Partei des Saargebietes für die verhegliche Nazijugend, hat in der ersten Nummer nach dem kürzlichen Verbot wegen aufreizender Schreibweise erneut und verstärkt in den alten Ton zurückgefunden. In dieser Nummer 1 des 2. Jahrgangs vom 13. Januar befindet sich ein Artikel von einem gewissen Helmut Wohlmann, Saarbrücken, der eine ganz ungläubliche offene Morddrohung gegen alle die enthält, die sich nicht gleichschalten lassen wollen und der insbesondere zu neuen Mord- und Attentatsversuchen gegen den Führer der sozialistischen Freiheitsfront, Max Braun, auffordert.

Wir begnügen uns damit, die zwei stärksten Stellen dieses Artikels zu zitieren. Im fünften Absatz des Artikels heißt es zunächst wörtlich:

„Dieser Verräter (gemeint ist Max Braun) an der deutschen Sache hat es gewagt, am Tage der Niederwaldkundgebung in Neunkirchen eine Gegen-demonstration aufzuziehen. Wir können Braun beschuldigen, wenn nicht irgendwelche Klauseln im Vertrag beständen, so z. B. das Recht, französische Truppen ins Saargebiet zu rufen, wenn die Polizei nicht mehr Garant der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ist, die Selbstjustiz des Saarpölkers wäre schon längst in Aktion getreten. Das mag von den — in diesem Falle — maßgebenden Stellen als Aufforderung zum politischen Mord ausgelegt werden oder nicht. Das Urteil über die Separatisten ist von der deutschen Saarbevölkerung gefällt. Derartige Saboteure müssen ausgerottet werden wie Ratten. Dagibtes aber auch nicht die geringste Schonung!“

Der Artikel ist genau so klar und unmissverständlich, wie es kürzlich das Bombentat auf Max Braun und die Arbeiterwohlfahrt war! Aber es kommt noch besser: Im vorletzten Absatz dieses Artikels werden die Nationalsozialisten

ganz unmissverständlich aufgefordert, gegen die Nichtgleichgeschalteten der Saar und die Kämpfer für laarbenische Freiheit ebenso zu handeln, wie es gegen die Pfälzer Separatisten (mit denen die laarbenischen Freiheitkämpfer nicht das geringste zu tun haben) vor zehn Jahren in Pirmasens mit Mord und Totschlag geschehen ist. Wörtlich heißt es in dem Artikel:

„Volksgenossen, wiß Ihr noch, wie vor zehn Jahren schon einmal unsere Brüder, nur wenige Kilometer von uns entfernt, der Separatistenbrut ein rasches aber definitives Ende gemacht haben? ... Wir werden die autonome Brut in Stücke schlagen und kein Pardon geben. Mit uns ist nur der Sieg, auch wenn wir unser Leben darangeben müssen.“

Wenn es noch irgendwelchen Materials zur Illustrierung des nationalsozialistischen Terrors an der Saar für den Völkerbundsrat und seine heute beginnende Tagung bedurft hätte, dann hat sie ihm dieses offizielle Blatt der Nationalsozialisten gegeben.

Zugleich aber zeigt diese erneute Mordbege gegen Max Braun, den man mit Verleumdungen nicht erledigen konnte, daß bald wieder irgendein neuer Ueberfall oder ein neues Attentat fällig ist.

Abstimmungstruppen?

Angeblich eine französische Forderung

Paris, 14. Jan. Laut dem „Coeur“ wird die französische Regierung im Völkerbundsrat die Bildung einer internationalen Polizeitruppe von 3000 bis 4000 Mann für die Abstimmungszeit im Saargebiet vorgeschlagen. Die Engländer und wahrscheinlich auch die Italiener sollen Gegner dieses Planes sein. Die französische Regierung sei jedoch entschlossen, durch den Völkerbund das Mandat ausführen zu lassen, das Frankreich über die Saar erhalten hat. Die Lage in der Periode der Abstimmung werde wahrscheinlich voll von Gefahren sein.

Die Saarfrage wird übrigens erst in der zweiten Hälfte der Woche in Genf zur Beratung kommen.

Für freie Abstimmung

Eine Denkschrift der Freiheitsfront

Saarbrücken, 15. Januar 1934.

Der heute beginnenden Tagung des Völkerbundsrates, auf dessen Tagesordnung auch zwei Saarfragen stehen, hat die Freiheitsfront des Saargebietes eine Denkschrift überreicht, die sich mit den ständigen und bis zur Verweigerung gekehrten Terrormaßnahmen des Nationalsozialismus im Saargebiet gegen alle Nichtgleichgeschalteten befaßt. Die Denkschrift beginnt wie folgt:

„Die Freiheitsfront des Saargebietes“ und die sozialdemokratische Landesratsfraktion wenden sich erneut an den Völkerbund und seinen hohen Rat. Bereits in der Eingabe vom 16. September 1933 haben wir mit allem Nachdruck darauf aufmerksam gemacht, daß der an der Saar beginnende Abstimmungskampf leitens der nationalsozialistischen Partei mit allen Nachmitteln und äußerster Brutalität geführt werden würde. Was wir vorausgesagt haben, ist leider restlos eingetreten.“

Die Denkschrift verbreitet sich dann über die Bildung der sogenannten „deutschen Front“ und fährt danach fort:

„Die Bildung der äußerlich einheitlichen „deutschen Front“ hat den Abstimmungskampf schärfer und heftiger werden lassen, indem er deutlich zwei Fronten schuf. Alle Gegner der „deutschen Front“ werden von ihr inogesamt und summarisch als „Landesverräter, vaterlandslose Separatisten und Volksverräter“ bezeichnet. Der Gegensatz innerhalb der Bevölkerung ist dadurch bis zu einer unüberbrückbaren Tiefe aufgewühlt. Die sogenannte „deutsche Front“ nimmt ebenso arroganter wie lächerlicher Weise für sich in Anspruch, den Willen der gesamten Saarbevölkerung zu repräsentieren und diffamiert jeden Andersdenkenden als „Landesverräter“. Das Ablehnen des Eintritts in die „deutsche Front“ hat die absolute Achtung und Diffamierung des Widerstrebenden zur Folge. Entsprechend diesem allgemeinen politischen Druck haben sich Terror und Boykott in außerordentlicher Weise verstärkt.“

Es folgt dann eine Auslese aus den sehr zahlreichen Terrorhandlungen nach den einzelnen Sachgebieten geordnet und auf ein außerordentlich zuverlässiges Material gestützt. Den Beschluß der sehr reichhaltigen Denkschrift, deren Wort-

laut wir noch veröffentlichen werden, machen folgende Darlegungen:

„Nach dem Friedensvertrage und § 21 Abs. 1 des Saarkontrats ist es Aufgabe des Völkerbundsrates, eine freie und unbeeinflusste Stimmabgabe an der Saar zu gewährleisten. Die Stimmabgabe kann nur dann als frei und unbeeinflusst betrachtet werden, wenn bereits der politische Meinungskampf unbehindert und ohne Terror vor sich gehen konnte. Nach dem Vorgetragenen ist bereits heute der Abstimmungskampf an der Saar durch die Schuld des Nationalsozialismus in einer dem Verfall der Vertrag zuwiderlaufenden Weise beschränkt und unmöglich gemacht.“

Der unerträgliche Druck und der alles vernichtende Terror verhindern eine freie, unbeeinflusste Abstimmung und zerschellen den Willen der freien Saarbevölkerung in jeder Hinsicht.

Es ist dem Völkerbund bekannt, wie die freie Meinung in Hitler-Deutschland niedergedrungen und ihre Äußerungen unmöglich gemacht worden sind. Mit den gleichen Methoden und mit den gleichen Zielen arbeitet die nationalsozialistische Partei an der Saar, stärkstens begünstigt durch die ungeborenen finanziellen und moralischen Unterstützungen des „dritten Reiches“, denen die freiheitliebende Bevölkerung der Saar ähnliche Nachmitteln nicht gegenüberstellen kann.

Es muß Aufgabe des Völkerbundsrates sein, hier die Saarländer in der Wahrnehmung ihrer unveräußerlichen Rechte zu schützen.

Die Abstimmung stellt eine Unmöglichkeit dar, solange sich Terror und Boykott in dem von uns geschilderten Maße ausbreiten können. Wir erwarten, daß die Abstimmung erst dann zugelassen wird, wenn die im Verfall der Vertrag für bestimmten Voraussetzungen als gegeben angelehrt werden können.

Im Namen der laarländischen Freiheitsfront:
ges. M. Braun.

Für die sozialdemokratische Landesratsfraktion
ges. O. Lieser ges. G. Petry.“

geschäfte, weil billige Artikel bevorzugt waren. Jedenfalls ist bei diesen Geschäftsleuten aus einer Reihe von Gründen sehr wenig Begeisterung für das „dritte Reich“ zu merken und man hört oft die Meinung, so kann es auch nicht weitergehen. In der Schuhindustrie geht es mit Ausnahme der Betriebe in Niederanbach und Waldschbach sehr schlecht. Die besten Arbeiter verdienen infolge Kurzarbeit kaum noch 20.- Mark pro Woche. Von überallher wird geklagt über eine geradezu erpresserische Pressepropaganda für die Nazizeitung. Sie wird insbesondere den bisherigen Besitzern sozialdemokratischer und kommunistischer Zeitungen unter Drohungen direkt aufgedrungen. Es wird auch aufgefordert, alte Abonnements auf lange bestehende Lokalzeitungen aufzugeben. Die Proteste dieser zum Untergang verurteilten Zeitungen haben nicht viel genutzt.

Enttäuschte Arbeiter

In der Maschinenfabrik Schön wurde ein neuer Ingenieur eingestellt, der die Aufgabe hatte, die Arbeitsleistung zu

steigern. Dabei kam es zu schweren Konflikten und ein Nazi-arbeiter, dem mit der Stoppuhr in der Hand nachgewiesen wurde, daß ihm der Akkordtag um 10 Prozent gekürzt werden könne, ließ sich zu Beleidigungen hinreißen und wurde entlassen. In einer Betriebsversammlung wurde dann durch den Nazi-Belehrer dem Firmeninhaber das Konzentrationslager angedroht. Herr Antonie von Kaiserslautern wurde zur Schlichtung herangezogen und die Nazi-arbeiter waren ganz begeistert in der Erwartung eines scharfen Vorgehens gegen den unsocialen Unternehmer. Aber als Herr Antonie nach seiner eingehenden Aussprache mit dem Unternehmer zur Betriebsversammlung kam, gab es lange Geschreie. Der Herr Arbeitervertreter sprach nämlich die Arbeiter gehörig zusammen wegen ihrem geringen Verständnis für die Maßnahmen des Herrn Schön, der noch durch die Nationalisierung nur vaterländische Interessen vertrete und aus Exportgründen die Produktion verbilligen müsse. Dieser Vorgang hat mehr gewirkt, als alle unter Lebensgefahr verbreitete illegale Literatur.

Finanzpolitik der Diktaturen

Das ökonomische Versagen und die abgeblasene Arbeitsschlacht

Am 4. Januar ist der Kongress der Vereinigten Staaten zusammengetreten, und alle Nachrichten stimmen darin überein, daß die Politik Roosevelts zunächst kaum auf nennenswerte Widerstände stoßen wird. Das liegt nicht nur an der Zusammenfassung des Parlaments, in dessen beiden Häusern die Demokraten eine überwiegende Mehrheit besitzen. Denn der Trennungstrieb, der Anhänger und Gegner des Präsidenten scheidet, geht mitten durch Republikaner und Demokraten. Roosevelts Politik ist vielmehr noch getragen durch die Zustimmung der breiten Massen der Farmer, Kleinbürger und Arbeiter und diese außerparlamentarische Basis der Regierung läßt Widerstände im Parlament nicht erst aufkommen.

Roosevelt wird vom Bankkapital und einem Teil des Industriekapitals heftig bekämpft. Gerade die amerikanischen Vorgänge zeigen aber, daß entgegen der vulgärsozialistischen Anschauung — das Wort „Marxismus“ wollen wir in diesem Zusammenhang gar nicht erst bemühen — die führenden kapitalistischen Schichten in der Demokratie durchaus nicht immer ihre „Diktatur“ durchsetzen können. Es sind die „antikapitalistischen“ Schichten, die gerade die Demokratie befehdet hat, die Herrschaft über die Wirtschaft an sich zu reißen und sie gegen die führenden kapitalistischen Schichten zunächst zu behaupten. Es wird nicht an der politischen Verfassung u. a. sondern an dem ökonomischen Versagen dieser Politik liegen, wenn ihnen diese Herrschaft wieder entgleiten sollte.

Wir haben auf den zwiespältigen Charakter dieser antikapitalistischen Sammlungspolitik wiederholt hingewiesen. Sie enthält eine Reihe progressiver Elemente: Verbot der Kinderarbeit, tatsächliche Sicherung der Koalitionsfreiheit, Durchführung der 40-Stundenwoche, Lohnerhöhungen, Unterfütterung der Arbeitslosen, staatliche Arbeitsbeschaffung im größten Ausmaß sichern dieser Politik die Unterstützung der Arbeiter. Die

energievolle Politik gegen die seit der Krise verhassten Banken,

die einer weitgehenden Kontrolle unterworfen und gezwungen werden, Vorzugsaktien an den Staat abzutreten, die Wiederherstellung der bereits verloren geglaubten Depositen bei der Mehrzahl der während der Februar- und Märzkrise geschlossenen Banken und die staatliche Garantie der kleinen und mittleren Bankdepositen hat beim Mittelstand heftige Begeisterung hervorgerufen. Aber auch Teile der durch die Krise hart getroffenen und unterirdischen sind durch die seit Roosevelts im schärfsten Gegensatz zu früher geführte Kartellierung, durch die in Aussicht gestellten Staatsausgaben, durch die Hoffnung, von der inflatorischen Preissteigerung den Rahm abzuschöpfen zu können, der Politik des Präsidenten gewonnen worden.

Auf der anderen Seite sucht Roosevelt den Farmern Hilfe zu bringen nicht nur durch Ankauf von Getreide und Baumwolle auf dem offenen Markt mittels Steuererlösen, durch Einschränkung der Anbauflächen unter Gewährung weitgehender Entschädigung, sondern vor allem durch Entlastung von ihren Schulden. Das Mittel dazu war

die Dollarentwertung.

Gerade sie aber hat nicht nur in die Weltwirtschaft eine neue Unsicherheit hineingetragen, die die seit 1932 vorhandenen Tendenzen der Besserung in ihrem Beginn geschnitten hat, sondern sie droht auch die wirtschaftlich vernünftigen Maßnahmen zu gefährden, die amerikanische Wirtschaft selbst in neue gefährliche Verwirrungen zu stürzen und den Erfolg des ganzen Experiments immer mehr zu bedrohen.

Die Geldpolitik, über deren künftige Gestaltung Roosevelt in der Hoffnung an den Kongress wieder nicht Bestimmtes gesagt hat, hat außerordentliche Schwankungen in der amerikanischen Wirtschaft ausgelöst. Der Präsident hat das Glück gehabt, daß der Kongress gerade in einem Moment zusammentrat, in dem sich eine neue Belebung zeigte. Der Dollarentwertung die mit dem Verlassen des Goldstandards am 9. April 1933 einsetzte, hatte zunächst eine stürmische Haufe auf

den Rohstoffmärkten und den Börsen entsetzt, der bald eine Steigerung auch der industriellen Produktion folgte. Im Juli setzte eine starke Reaktion ein, ein Rückgang der Preise und der Produktion, eine neue Zunahme der Arbeitslosigkeit. Der November und der Dezember aber brachten entgegen den Saisonereignissen eine neue Belebung. Die Kleinhandelsumsätze stiegen, namentlich in den agrarischen Bezirken, wo auch das Weihnachtsgeschäft sehr gut war, die Frachtereinnahmen der Bahnen nahmen zu, die Stahlherzeugung sprang von 25 auf 35 Prozent und selbst der Automobilumsatz wird in dieser toten Saison als sehr befriedigend gemeldet.

Der Grund für die Wiederbelebung liegt außer in den allgemeinen Besserungstendenzen, die seit dem Sommer 1932 in der amerikanischen Wirtschaft zu verzeichnen waren, aber durch die Bankenkrise im Februar und durch den Zusammenbruch der Spekulation im Sommer unterbrochen wurden, wohl vor allem darin, daß jetzt

die Subventionen und Staatsaufträge zu fließen beginnen. Von der einen Milliarde Dollar, die für die Unterfütterungen der Farmer bewilligt wurden, sind in den letzten drei Monaten 300 Millionen Dollar, hauptsächlich an die Weizen- und Baumwollbauern ausgezahlt worden. Für die Unterfütterung der städtischen Arbeitslosen, die im November in Gang kam, werden jetzt wöchentlich über 50 Millionen Dollar ausgegeben, mit denen etwa vier Millionen Personen unterstützt werden. Vor allem aber ist jetzt die großen öffentlichen Arbeiten in Gang gekommen. All dies hat entgegen der Erwartungen gerade im Winter zu einer Besserung, zu neuen Hoffnungen geführt, die Stimmung ist zuversichtlich geworden und die Opposition gegen Roosevelt muß den Kampf verschieben.

Jetzt aber die andere Seite der Medaille — die Kostenrechnung. Mit bemerkenswerter Offenheit hat Roosevelt diese Rechnung vorgelegt. Die Ausgaben der Bundesregierung werden auf 9,4 Milliarden Dollar geschätzt. (Das sind zur alten Parität gerechnet etwa 30 Milliarden Mark — eine Berechnung, die bei der noch nicht allzu stark geänderten Kaufkraft des Dollar eine richtigere Vorstellung gibt als die Berechnung zum Kurswert.) Die Einnahmen betragen nur 2,2 Milliarden, so daß sich im laufenden Etatjahr, das am 30. Juni endet,

ein Defizit von 7,2 Milliarden Dollar (fast 30 Milliarden Mark!!!)

ergibt. Damit nicht genug! Von Regierungsteilen, vornehmlich von der Wiederaufbau-Finanzkorporation, sind Kredite von 3,5 Milliarden Dollar an die Privatwirtschaft gegeben worden. Diese Ausgaben erscheinen nicht im Budget, da ihnen die Verpflichtungen der Wirtschaft gegenüberstehen. Ob diese Schuldverpflichtungen noch eingelöst werden (übrigens natürlich im entwerteten Dollar), ist natürlich nicht zu sagen.

Für das Etatjahr 1934-35 soll ein Budget bewilligt werden, das mit 2075 Millionen Dollar in Einnahme und Ausgabe des ordentlichen Etats balanciert; zudem aber 2 Milliarden ohne Deckung für die Krisenbekämpfung als außerordentliche Ausgabe, und zwar als Gesamtsumme ohne detaillierte Aufzählung der Verwendungszwecke.

Das Miesendefizit erfordert Miesenschuldung.

In den nächsten sechs Monaten sollen 10 Milliarden Dollar aufgenommen werden,

davon vier zur Zurückzahlung fälliger kurzfristiger Verpflichtungen. Die amerikanische Staatsschuld wird nach diesem Programm am 30. Juni 1935 mit 115 Milliarden Dollar (über 125 Milliarden Mark!) ihren Höhepunkt erreichen, das sind 5 Milliarden Dollar mehr als der frühere Höchststand unmittelbar bei Ausbruch des Weltkrieges betrug. Die Schuldenvermehrung bedeutet eine jährliche Neubelastung des Budgets mit rund 200 Millionen Dollar, etwa 10 Prozent der ordentlichen Einnahmen. Roosevelt schließt trotzdem keine neuen Steuern vor, ebenso überläßt er die Versorgung für Schuldentilgung der Zukunft.

Wird Roosevelt die ungeheuren Summen auf dem An-

leihebeweg erhalten? Die Aufbringung ist in den letzten Monaten — namentlich für lang- und mittelfristige, nicht aber für kurzfristige Anleihen — schwieriger und kostspieliger geworden. Werden die Amerikaner erst mit den Wirkungen der Inflation vertrauter, suchen sie sich vor der Entwertung durch Flucht in die Sachwerte und Aktien zu schützen, dann verflüchtigt sich der Anleihebeweg. Dann kann das Defizit nur gedeckt werden, da Steuererhöhung in solchem Ausmaß schon politisch und psychologisch unmöglich ist, nur durch direkte Inanspruchnahme der Notenpresse unter ungeheurerlicher Beschleunigung der Inflationswirkung. Dann wird die Anarchie der Inflation alle Wirkung der „dirigierten Wirtschaft“ über den Haufen werfen.

Und in Deutschland?

Die Analogien sind, wenn auch in entsprechend verkleinertem Maßstab, schlagend. In Deutschland hat man schon unter Papen im Laufe des Rechnungsjahres 1932 — wir zitierten wörtlich den „finanziellen Ueberblick“ des Reichsfinanzministeriums — „davon abgesehen, unmittelbare Maßnahmen zur Erhaltung eines ausgeglichene Haushalts zu ergreifen. Man hat im Gegenteil bewußt ohne Deckungsansprüche neue Ausgabeermächtigungen auf sich genommen.“ Die Ausgaben für die Arbeitsbeschaffung haben zunächst dazu geführt, daß die Reichsetats der nächsten fünf Jahre mit 4 Milliarden vorbelastet sind. Dazu kommt noch das bisherige Defizit von 2 Milliarden und der vom Reichsfinanzminister in einem Artikel im „Deutschen Volkswirt“ endlich zugegebene Fehlbetrag des laufenden Etats von noch unbekannter Höhe. Dabei ist das Defizit der Länder und Gemeinden, das sich ebenfalls um 2 Milliarden bewegt, nicht berücksichtigt. Deutschlands Finanzwirtschaft ist zu einer abenteuerlichen Defizitwirtschaft geworden. Bei der Beschaffenheit des deutschen Kapitalmarktes ist mit der Deckung des Defizits durch langfristige Anleihen kaum zu rechnen und trotz aller Großsprecherereien gerät das nationalsozialistische Regime bereits in eine Sackgasse. Die erste Folge ist die Ankündigung des Ministers, daß

im neuen Jahr sich ebenfalls die zusätzliche Arbeitsbeschaffung auf die — Fortführung der Reichsautobahnen beschränken

werde! Mit anderen Worten: die Arbeitsschlacht wird eingestakt, Hitlers Vierjahresplan nach neun Monaten bereits gestoppt!

Im ganzen waren für die Arbeitsbeschaffung bereitgestellt 3,4 Milliarden Mark. Davon waren bis Ende 1933 nach Angaben von Dr. Friedrich von der „Dessa“ 2005 Mill. (65 Prozent) bewilligt und 1274 Mill. (35 Prozent) ausgezahlt. Bis März 1934 rechnet man mit weiteren Auszahlungen von 500 Mill. Es bleiben also für 1934 noch 1,7 Milliarden. Da für die Reichsautobahnen zirka 1400 Millionen in Aussicht genommen sind, von denen noch keine nennenswerten Beträge verwendet wurden, so bliebe ein verschwindender Rest für alle sonstige „Ankurbelung“ übrig. Dabei löst die bisherige Finanzierung durch Wechseln auf stets größere Schwierigkeiten. Denn der Weltmarkt hat für die Arbeitsbeschaffungswirtschaft eine stets geringere Aufnahmefähigkeit, so daß die Reichsbank in steigendem Maße für die Finanzierung in Anspruch genommen werden muß. Ihr Portefeuille wird in zunehmendem Maße mit unelastischen Papieren vollgeprobt.

Man sieht, die nationalsozialistische Diktatur ist viel früher als der Präsident des reichen Amerika vor das unlösliche Problem der Finanzierung gestellt. Das Dilemma ist schlimm.

Es ist nicht unwahrscheinlich, daß in nächster Zeit schon heftige Kämpfe innerhalb der nationalsozialistischen Führung um die Entscheidung entbrennen werden. Aber wie sie auch ausfällt, die Wahl steht nur zwischen sofortiger Verschärfung der Krise oder ihrer hinauschiebung um den Preis des Unheils der Inflation.

Um die Zahlung der Kosten werden die Diktatoren nicht herumkommen.

Personen der Gruppe 3 im Sinne der Fürsorgepflichtverordnung (F.V.) hilfsbedürftig sind...

Schlesischer Kurzbrieff

Den Juden geschieht nichts!

In Breslau und auch in anderen Orten Schlesiens wurde den jüdischen Geschäftsbauern jede Propaganda für den Weihnachtsverkauf verboten. In den Schaukästen durften keine Tannenzweige, noch sonst irgend Schmückungsmaterial, das auf Weihnachten hinweist, verwendet werden. In Breslau kontrollierte die SA die jüdischen Geschäfte und entfernte die Weihnachtsdekorationen. Im Kaufhaus Wohlwert montierte sie eine elektrische Anlage ab und nahm sie mit. Auch die Tannenzweige wurden hier und im Leineweber-Bischhoff „beschlagnahmt“.

In Breslau ist den politischen Gefangenen untersagt worden, Verpflegung von zu Hause kommen zu lassen. Die Gefangenen können sich dagegen im Gefängnis alles mögliche kaufen, die Preise sind aber 50 bis 100 Prozent höher als in jedem Ladengeschäft. Die Gefangenen durften auch keine Weihnachtspakete erhalten.

In Petersdorf ist in einer stillgelegten Spinnerei ein Lager des Arbeitsdienstes errichtet worden. Wie überall wird auch hier die Jugend militärisch ausgebildet. Die Vorgesetzten haben zweimal die Woche Scharfschießen. Das Lager hat jetzt einen neuen Kommandanten erhalten, einen Herrn Oberleitnant a. D. Er verlangte eine 5-Zimmer-Wohnung, die in Petersdorf nicht aufzutreiben ist. Jetzt ist er nach Kaiserwaldau gezogen, das 20 Minuten entfernt liegt. Diesen Weg kann der Herr natürlich nicht zu Fuß zurücklegen, weshalb er verlangt, daß ihm ein Auto zur Verfügung gestellt wird.

Von der mit so viel Reklame angelegenen Winterhilfe merken die Hilfsbedürftigen wenig. Es wird berichtet, daß die Leute durchwegs weniger erhalten als in früheren Jahren. In welcher Weise das Hilfswerk zu seinen Taten kommt, erfährt man an folgendem Beispiel. In Hirschberg haben die Schuhmacher 4 Paar Stiefel zu reparieren. Sie müssen natürlich das Leder heilen und erhalten pro Paar 2 Mk. Von den 8 Mk., die sie nun erhalten hätten, werden ihnen gleich wieder 2,50 Mk. für das Hilfswerk abgezogen,

Die Metallindustrie

Saisonmäßige Besserung — Sinkende Aufträge

Der Reichsverband der Deutschen Metallwaren-Industrie stellt auf Grund seiner Umfragen bei den ihm angeschlossenen Firmen fest, daß im Monat Dezember 1933 der Geschäftsgang in der Blech- und Metall verarbeitenden Industrie, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, als befriedigend zu bezeichnen ist. Die günstige lautenden Berichte überwiegen bei weitem. Einzelne Firmen melden Steigerung des Auftrags- und Umsatzes um 10 bis 40 Prozent über Vorjahreshöhe. Im wesentlichen ist das Ansteigen des Beschäftigungsstandes auf saisonmäßige Gründe zurückzuführen, und es wird nun besonderer Anstrengung bedürfen, um das Sinken des Auftrags- und Umsatzes in gemäßigtem Rahmen zu halten.

Ruhrbergbau

Das ungünstigste Jahr seit vielen Jahren

Der Kohlenproduktionsbericht für 1932-33 besagt u. a.: Sowohl nach Menge wie nach Erlös sei das Berichtsjahr das für den Ruhrbergbau ungünstigste seit vielen Jahren gewesen. Die Entwicklung im laufenden Jahr lasse es aber als berechtigt erscheinen, hoffnungsfreudiger in die Zukunft zu blicken. Die kürzlich erfolgte Einbeziehung des Ruhrenergiekonzerns in die Reichsbahn mit Wirkung ab 1. April wird nur kurz erwähnt. In den wiederum umfangreichen Auseinandersetzungen mit der Tarifpolitik der Reichsbahn wendet das Syndikat sich vor allem gegen eine tarifpolitische Bevorzugung Obereschlesiens, das, wie gesagt wird, „keinen berechtigten Anspruch erheben kann, mit billigerer Fracht nach Berlin zu fahren als wir“.

Hanomag

Die Hanomag, Automobil- und Schlepperbau GmbH, Hannover, die die Auto- und Schleppebau-Anlagen der Hannoverischen Maschinenbau-WG. vorm. Georg Eckstorff (Hanomag) gepachtet hat, hatte im Geschäftsjahr 1933 gute

Verkaufserfolge. Der Umsatz in Hanomag-Wagen hat sich gegenüber 1932 verdoppelt. Recht günstige Auslandverkaufserfolge wurden im Hanomag-Bugmaschinengeschäft erzielt. Das Werk ist mit Bugmaschinen-Aufträgen auf Monate hinaus voll beschäftigt. Die Arbeiterzahl hat sich gegenüber 1932 um nahezu 60 Prozent erhöht, die Angehülfszahl um 39 Prozent. Die Steigerung der Gesamtbeschäftigtenzahl betrug 84 Prozent. Auch im neuen Jahr hält der gute Auftragsstand in Schnell-Bugmaschinen, Dieselmotoren und Personenzugmaschinen an. Man rechnet mit weiteren größeren Arbeitereinstellungen zu Beginn des Frühjahrs.

Sterilisation und Fürsorgepflicht

„Wer trägt die Kosten der Unfruchtbarmachung?“

Das sind so die Probleme der neuen deutschen Rechtswissenschaft, die von Ministerialrat Fritz Ruppert, Berlin, in der „Deutschen Zeitschrift für Wohlfahrtspflege“ 59 unter sucht werden. Wir reproduzieren Rupperts „Darstellung“ der Rechtslage wenigstens zum Teil, damit man sehe, wie die Rassistralen in Wirklichkeit aussehen: Nach § 13 Abs. 2 des Gesetzes sind hinsichtlich der Kosten des ärztlichen Eingriffes (gleichbedeutend mit dem von dem Gesetz und R.D. auch gebräuchlichen Ausdruck chirurgischen Eingriffes) drei Gruppen von Personen zu unterscheiden:

1. Die der Krankenversicherung ansehenden Personen, hier trägt die Krankenkasse die Kosten.
2. Die nicht der Krankenversicherung ansehenden Personen, die an und für sich die Kosten selbst tragen könnten. Hier fallen die Kosten in dem im § 13 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes bezeichneten Umfang der Staatskasse zur Last.
3. Die übrigen Personen die weder zu der Gruppe 1 noch zu der Gruppe 2 gehören. Hinsichtlich der Gruppe 3 spricht § 13 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes bereits von Hilfsbedürftigkeit und bestimmt, daß der Fürsorgeverband einzutreten hat. Artikel 7 Abs. 1 Satz 1 der W.D. stellt hieran auch mit Rücksicht auf bereits im Schrifttum geäußerte Zweifel durch enge Anlehnung an den Wortlaut des § 5 der Reichsgrundrechte über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge vom 1. Januar 1931 (RGBl. I S. 441) noch ausdrücklich klar, daß die

Die verprügelten Spitzel

Gerichtliches Nachspiel

Das Kantonalgericht in Schaffhausen verhandelte unter großem Andrang des Publikums einen Prozeß gegen den Redakteur Leu der Schaffhauser „Arbeiterzeitung“ und fünf weitere Kommunisten, die wegen vorbedachter Körperverletzung im Komplott mit Teilnheit mit Hausfriedensbruch angeklagt waren. Die Angeklagten hatten am 8. November zwei höhere deutsche Zollbeamte aus Radolfzell, von denen man wußte, daß sie nationalsozialistische Spitzel seien, in eine Falle gelockt und bei der Festnahme derart verprügelt, daß der eine acht Tage, der andre zwei bis drei Wochen arbeitsunfähig war. Die beiden Deutschen hatten eine Frau in Schaffhausen zu gewinnen versucht, ihnen die Namen von Deutschen zu vermitteln, die mit Antifaschisten verkehrten.

Das Gericht verurteilte vier Angeklagte wegen Körperverletzung im Haushandel zu Geldstrafen von 20 bis 100 Franken, zwei Angeklagte wurden freigesprochen. Das Gericht verneinte sowohl die Schuldfrage auf Komplott wie auf Hausfriedensbruch. Der Vorsitzende erklärte, daß die Reaktion auf die nationalsozialistischen Angriffe bereitwillig sei und daß deshalb das Recht zur Festnahme für die Angeklagten bestanden habe. Eine Körperverletzung sei aber auf jeden Fall eine klare Rechtsverletzung.

Sozialisten greifen an

Zusammenstöße mit Faschisten in Brüssel

Brüssel, 13. Jan. Zu schweren Zusammenstößen zwischen Sozialisten und Faschisten in es am Freitagabend in Brüssel gekommen. Die Unruhen dauerten bis Mitternacht. Die „nationale Legion“ hatte eine Kundgebung veranstaltet gegen die Anordnung der Regierung betreffend die aktivistischen Beamten und gegen die Ernennung von van Cauwelaert zum Minister. Aus Lüttich, Gent und Antwerpen waren Faschisten auf Lastwagen eingetroffen. Schon unterwegs waren sie von politischen Gegnern angegriffen worden. In geschlossenem Zug marschierten sie in Brüssel nach dem Saal, wo die Protestkundgebung stattfand. In den Straßen wurden sie von Sozialisten angegriffen. Gewarmerie und Polizei wurde gegen die Sozialisten eingesetzt. Bei den Zusammenstößen wurde ein Sozialist verletzt. Der sozialistische Abgeordnete Spaak wurde vorübergehend festgenommen. Nach der Kundgebung kam es gegen Mitternacht erneut an verschiedenen Stellen der Stadt zu Zusammenstößen. Insgesamt sind 30 Personen festgenommen worden. 12 Personen haben Verletzungen erlitten.

Die Not

Erwerbslose besetzen ein Rathaus

Paris, 15. Jan. Arbeitslose Hausbesitzer von Conquie-Annel bei Compiègne (nicht — wie das Gerücht zuerst wissen wollte — in Compiègne selbst) haben das dortige Rathaus besetzt. Der Bürgermeister der Ortschaft hat es bisher abgelehnt, politische Hilfe in Anspruch zu nehmen, zumal sich die Arbeitslosen ruhig verhalten. Auf seine Anordnung hin wurde ihnen Brennholz zur Verfügung gestellt, damit sie die von ihnen eingenommenen Räume im Rathaus heizen können. Der Vorsitzende der Arbeitslosen erklärte, daß er und seine Kollegen das Rathaus nicht verlassen würden, bevor sie nicht Genugtuung erhalten hätten. Die Ortschaft Conquie-Annel zählt nur 1200 Einwohner. Die Forderungen der Arbeitslosen auf Unterbringung machen eine Mehrausgabe von 10 000 Fr. im Jahr nötig.

Linkssieg in Katalonien

Linkssieg in Katalonien

Paris, 15. Jan. Nach den aus Barcelona vorliegenden Meldungen haben bei den geistigen katalonischen Stadtratswahlen in den größeren Städten die Linksparteien mehr Stimmen erhalten als die rechts stehenden Regionalisten. Nach amtlicher Mitteilung erhielt die Koalition der katalonischen Linksparteien 182 016 Stimmen, die Regionalistische Partei 132 947 Stimmen, die Radikalepublikanische Partei erhielt 21 044, die übrigen Splitterparteien erhielten Stimmenanteile, die unter 2000 liegen. Das noch ausstehende vollständige Wahlergebnis dürfte an diesen Ziffern nur ganz geringfügige Änderungen bringen.

Die schlafende Schönheit

Patricias Dauerschlaf von 16 800 Stunden

In Oak Park im Staate Illinois zeigen sich bei dem seltsamsten Patienten Amerikas, der Dauerschläferin Patricia Maguire, die ersten Anzeichen des Erwachens. Die junge Dame schläft jetzt mehr als 16 800 Stunden. — Dauerschläfer und Dauermacher bilden medizinische Rätselfälle besonderer Art.

Patricia ging einige Tage vor ihrem 27. Geburtstag abends ganz fröhlich zu Bett. Sie hatte vorher ein wenig über Kopfschmerzen geklagt, aber die waren wieder vergangen. Als man sie am nächsten Morgen erweckte, wurde sie nicht wach, sie schlief und schlief, wurde 27 Jahre alt, wurde 28 Jahre alt und schlief noch immer.

Die Ärzte kamen, behorchten und beklopften sie, ordneten künstliche Ernährung an, behandelten die Kranke ohne Erfolg mit dem Präparat gegen die Schlafkrankheit, diagnostizierten auf Gehirnveränderungen, sagten baldigen Tod und Ausdehnung voraus.

Aber es kam alles anders: Patricia Maguire gedieh bei der unfrüheren Bettruhe ganz vortrefflich. Sie war erst blass, wurde recht schön vollschlank, sie war erst ein wenig blutarm und kränklich gelb, jetzt zeigte sie blühende, rote Wangen.

Man sprach geradezu von einer schlafenden Schönheit, an deren Bett sich bereits einige Freier eingefunden hätten, die vergebens um ihren ebenfalls schlafenden Hand anhielten, sich aber für den Fall des Erwachens reserviert hielten als Bewerber. Schlafkrankheit im bösen Sinne des Wortes konnte es nicht sein, denn diese geht ja mit völliger Auszehrung einher und führt schon in relativ kurzer Zeit zum Tode.

In diesem hoffnungslosen Schlafzustand hatte sie eine getreue Wärterin, ihre Schwester, die ihr „Dornröschen“ sorgsam beobachtete und nun vor einigen Tagen deutliche Veränderungen im Zustand der Schwester feststellte.

Geschichten aus dem Wienerwald

Herannahende Entscheidung in Oesterreich

Wien, 13. Januar.

Die Situation in Oesterreich ist gespannter denn je; sie hat sich seit den Weihnachtstagen unheimlich verschärft. Aus der Presse und aus offiziellen Regierungserklärungen allerdings kann man sich kein Bild machen. Wie die Lage wirklich ist, das wissen nur die wenigen Eingeweihten; die Masse der Bevölkerung ahnt die Spannung und spürt die kommende Explosion, die nur durch eine vollkommene Aenderung des Regierungskurses abzuwenden wäre.

Zunächst die charakteristischen Tatsachen: die Regierung hat die gesetzlichen Interessenvertretungen der Arbeitnehmerschaft ihrer Autonomie beraubt und sie, die Arbeiterkammern, einer Koalition von gelben, christlichen und nazistischen Gewerkschaften in die Hand gespielt und zudem noch einem Regierungskommissar unterstellt. Die heutigen Herren der Arbeiterkammern vertreten, hoch gerechnet, 10 Prozent der Arbeiter- und 25 Prozent der Angestelltenchaft. Der ungesetzliche Akt der Gleichschaltung nach Nazimuster hat einen Proteststurm zur Folge gehabt, Betriebseinstellungen und Sturmdeputationen, und hat zweifellos die Stimmung überaus verschärft. Die Protestbewegung ist noch keineswegs zu Ende. Die Regierung war in der Frage der Arbeiterkammern zu einem Kompromiß bereit, die Heimwehr hat es verhindert. Das Charakteristische an diesem Rechtsbruch und Rechtsraub, der als wichtiger Schritt zur „berufsständischen Verfassung“ bezeichnet wird, liegt darin, daß die Handels- und Landwirtschaftskammern unangetastet geblieben sind. Jedermann, der nicht Analphabet ist, weiß nun deutlich, was unter einer berufsständischen Verfassung zu verstehen ist.

Zweite Tatsache: Antimarkistische Provinzialblätter haben unkonzentriert und unzensuriert die bezidierte Nachricht gebracht, daß der Handelsminister Stöckinger zum Regierungskommissar für Wien ausersuchen sei; verschiedene ganz und gar nicht „markistische“ Nachrichtenagenturen brachten die Meldung, die zu ausgelegten Artikeln in der Weltpresse führten. Darauf erließ die Regierung ein Dementi gegen die „Umtriebe Wiener Linkskreise“, in dem der Regierungskommissar für Wien bestritten wurde; einen Tag nach dem Dementi kam ein zweites ebenso offizielles, daß man sich nicht werde abhalten lassen, das zu tun, was die Stunde verlange.

Dritte Tatsache: Die Nazitätigkeit im ganzen Land ist gesteigert. Studentenunruhe aller Art und ernsthaftere Anschläge wechseln miteinander ab. Die Regierung erläßt eine Proklamation gegen die Nazi und fordert die Hilfe der Bevölkerung, die sie aller Rechte beraubt hat.

Vierte Tatsache: Die Heimwehr drängt die Regierung zum uneingeschränkten Faschismus, schreit nach der Aufhebung der Parteien und der „Niederdrückung des Aufstrebens“, womit die Heimwehren die Sozialdemokraten und freien Gewerkschaften meinen. Die Heimwehren selbst sind augenblicklich in drei Gruppen gespalten: 1. eine Gruppe unter Bizkanzler Jen, die den langsamen Weg zum Faschismus mit Duldung gehen möchte; 2. eine Gruppe, geführt vom „Fürsten“ Starhemberg und dem „Grafen“ Alberti, die einen Faschismus italienischer Art errichten wollen und sich den Weg zu den Habsburgern offen halten. Von Monarchie wagen sie es noch nicht zu sprechen; 3. eine Gruppe, die zu einem Frieden mit Hitler kommen will und die Duldung als „verjudet“ behauptet.

Die Regierung ist unsicher. Sie hat wieder die Selbstschutzverbände mobilisiert, die sie für verlässlich ansieht, aber sie hat noch nicht einen einzigen Nazi vor ihr Standgericht gebracht. (Einen Sohn reicher Bauern, der wegen Mord an seiner Geliebten, die er geschwängert hatte, zum Tod verurteilt worden war, hat der Bundespräsident begnadigt; ein armer Hund von Landstreicher, der durch Brandstiftung ein paar Hundert Schilling Schaden verursacht hat, wurde nicht begnadigt, sondern hingerichtet.) Die Regierung hofft immer noch mit den Hitlerleuten zu einer Lösung zu kommen. In Wahrheit ist das natürlich ganz und gar ausgeschlossen, denn wer den Nazi einen Finger reicht, wird als Ganzer von ihnen geschnappt. Die

Nazi sind auch in Oesterreich als Koalitionspartner unmöglich. Die Bevölkerungskreise, die hinter der Regierung stehen, werden von Tag zu Tag schwächer; die Intellektuellen, die nicht rot sind, sind braun geworden. (Die Tatsache, daß österreichische Universitätskreise den Kolbenheger zum Literatur-Nobelpreis 1934 bereits vorgeschlagen haben, ist symptomatisch.) Die Spieß- und Wahlbürger wollen den braunen Faschismus, von dem sie sich das Land der Milch und des Honigs versprechen. Der freiwillige Arbeitsdienst ist in allen Lagern, die Regierungsleute geführt haben, braun. Die andern Lager sind rot. Die Heimwehrmannschaften sind nur teilweise zuverlässig. Wir wissen genau und aus eigener Anschauung, daß es ganze Heimwehrzüge und Kompanien gibt, die braun oder rot sind.

Welche Möglichkeit hat nun die Regierung, um Oesterreich unabhängig und von der braunen Barbarei frei zu erhalten? Sie hat eine einzige: das Bündnis zwischen Bauern und Arbeitern.

Hält die Regierung den Heimwehkurs, dann wird die Arbeiterbewegung, die Gewehr bei Fuß ungeschwächt und aufmerksam wartet, dazu getrieben, das demokratische Bündnis der Arbeiter und Bauern gegen Heimweh, großen und Nazibarone zu erzwingen. Nüchling dieser Versuch, der zwangsläufig kommen muß, wenn der Kurs zum totalen, zum faschistischen Staat anhält, wird die Arbeiterbewegung niedergeschlagen, dann erst wird Hitler gesiegt haben. Er wird auf Trümmern gesiegt haben, denn der Abwehrwille der Arbeiterbewegung ist von unheimlicher Stärke. Hierüber näheres zu sagen, ist unmöglich; wer die Dinge genau kennt, wird — wenn er noch so vorsichtig urteilt — sagen müssen: die Chancen, daß es den Arbeitern gelingt, den Faschismus abzuhalten, sind positiv und stark und die österreichischen Politiker täten gut daran, sie ins Kalkül zu ziehen. Auch außerhalb Oesterreichs möge man diese Kräfte und Chancen, wenn man die österreichische Situation verstehen will, nicht aus der Berechnung lassen.

Man darf von keinem Menschen verlangen, er möge prophezeien, auch von keinem gelehrten Oesterreicher; dennoch wagen wir es, zu sagen: weder der Heimwehfaschismus noch der Hitlerfaschismus geben in einen aussichtsreichen Krieg. Wenn Duldung nicht den Mut ausbringen wird, die Wichtigkeit zu sehen, wie sie ist, wird er, wie der kommende Kampf immer ausfallen mag, der endgültig Geschlagene sein. Heute hat er noch die Chance, durch Zusammenfassung aller antifaschistischen Kräfte in der Bauernschaft und mit den Arbeitern die Hitlererei zu bannen. Verpaßt er diese Chance ist er erledigt. — Wir meinen allerdings, daß die Regierung noch weit davon entfernt ist; die Dinge so zu sehen, wie sie wirklich sind. Die Entwicklung geht schnell und sehr bald können Dinge in Oesterreich Wirklichkeit geworden sein, die Heimwehgrafen sich nicht vorzustellen vermögen!

Aus Japan importiert

Der „Manchester Guardian“ meldet unterm 1. Januar aus Berlin folgendes:

Die österreichische Polizei entdeckte unter dem aus Deutschland geschmuggelten Material nicht allein große Mengen Naziliteratur, sondern auch eiskrimme Handgranaten, mit einem sehr stark wirkenden Tränengas gefüllt, Stinkbomben und Kartonpackungen mit Explosivstoffen. Weiter entdeckte sie Feuerwerkskörper japanischer Herkunft, die, in die Luft geschossen, einen Kallidarm andrücken, von dem zahllose Datenkreuze herunterhängen.

Schnorrer unbeliebt

(Anrech.) Die Wiener „National-Zeitung“ erläßt folgende Warnung an die Bevölkerung: „In der letzten Zeit ist — bedauernd, daß das hier überhaupt angeschnitten werden muß — in den öffentlichen Lokalen ein bedenkliches Erleben der Gabelnbedeutung für das Winterbissverfälscht festgestellt worden, namentlich in den Gaststätten, Cafés und verwandten Lokalen, die weniger der Befriedigung notwendiger Lebensbedürfnisse, als vielmehr dem Vergnügen und dem Vergnügen dienen. Und doch wird gerade in diesen Lokalen viel Geld umgelegt...“

Die sonst ganz apathische liegende richtet sich, freilich noch immer schlafend, für ein oder zwei Stunden am Tag auf. Sie reagiert auch schneller und natürlicher auf Hitze, Kälte, Hunger und Durst.

Und das sicherste Zeichen ist, nach der Meinung der Schwester, die Tatsache daß die Schlafende beginnt, einige Worte zu murmeln, wenn sie einen Wunsch hat. Freilich sind die Worte noch unzusammenhängend, aber es sind immerhin Worte. Beweise für eine wiederbeginnende Geistesfähigkeit.

Wenn nicht alles trägt, ist die „Schlafende Schönheit“ von Oak Park im Begriff zu erwachen.

Eigentlich hält allerdings Patricia, wenn sie auch die berühmteste Patientin dieser Art ist, nicht den Rekord. Die traurige Siegespatine muß einer Frau Marianne Wedermann aus Nid in Tirol zuerkannt werden. Denn sie schlief über drei Jahre und mußte die ganze Zeit über mit flüssiger Nahrung künstlich erhalten werden. Auch hier erfolgte das Einschlafen sehr plötzlich. Das Erwachen ging dann langsam vor sich, wobei aber alle Erinnerungen sich so foramen, als sei das, was vor drei Jahren geschah, erst gestern gewesen.

Die deutschen Forschungen über den Schlaf als Folge einer Durchblutung des Körpers in den Zeiten des Wachseins, ein Gift, gegen dessen Wirkung im Schlafzustand abbaudend Tränen fällt werden, wurden im Laufe der letzten beiden Jahre durch den Dolzer Professor Neuh von Krog und in allerjüngster Zeit durch die irischen Ärzte Dr. Callaghan und Dr. Watling fortgesetzt.

Die Iren und der Norweger kamen zu dem Resultat, daß man die Drüsenwirkung durch ein Serum überholen und wenigstens unterstützen könne. Die Entgiftung des Körpers würde also ganz und gar oder teilweise durch das Serum bewirkt, das man entsprechend dem Drüsenstoff darstellt.

Der Schluß, den wir in dem vorliegenden Fall aus diesen Untersuchungen ziehen können, ist der, daß eine erhebliche Unterdrückung bei den Dauerschläferinnen vorliegt. Trifft bei der echten Schlafkrankheit infolge der Gehirnveränderungen durch die Trypanosomen, die Schlafkrankheitserreger, auch sonst eine Veränderung der Drüsenfunktionen ein, die

dann das Komagern und den schließlichen Tod zur Folge haben, scheint gerade bei Patricia Maguire jede Funktion ordnungsmäßig vor sich zu gehen.

Erfolgt eine Gesundung oder eine Erholung der „Antischlafdrüsen“, dann kann Patricia eben wieder wach werden wie jeder andere Mensch auch.

Am Gegensatz zu den ewigen Schläfern gibt es nun auch Menschen, die scheinbar eine Ueberproduktion an Antischlafserum in ihrem Körper zu verzeichnen haben.

Jedenfalls gibt es Menschen, die wenig und andere, — natürlich ganz wenige vereinzelte Fälle — die gar nicht zu schlafen vermögen. Dabei ist der Zustand des Nichtschlafens genau so krankhaft wie der des Dauerschlafens.

In Budapest starb vor einiger Zeit ein Mann, der seit 15 Jahren nicht schlief, als Folge einer Gehirnverletzung aus dem Krieg. Er „hörte“ nur, was und alles hörend um sich her, meist ein paar Stunden, vor sich hin. Aber er war nie der Welt ganz entrückt. Von dem Vagabunden G. T. Moner in Heaton, in der Grafschaft Kent, behauptet man sogar, er habe — nach einem Schädelbruch — 20 Jahre hindurch vergeblich auf das Glück des Schlafes gewartet. Der jüngste Fall ist der des Kaufmanns William Blackburn aus Manchester-Road, der seit neun Jahren kein Auge mehr zutut.

Freilich sind diese Dauermacher nicht zu besonders großen Leistungen befähigt, werden fast immer an Kopfschmerzen und sind eben nur „halbe“ Menschen.

Schäben wir uns glücklich, die wir unsere sieben oder acht Stunden köstlichen Schlafes in ihrer ganzen Kraftsammlung genießen können. Von großen Männern versichert man, daß sie wenige Stunden nur schlafend betrachten. Vielleicht verstanden sie es, tiefer oder zu den richtigen Zeiten diesen Schlaf für sich zu finden, so daß der anstrengende Zweck erfüllt wurde.

Jedes Juviel, wie bei der schönen Patricia mit ihren 16 800 Schlafstunden und jedes Augenblick ist hier vom Nebel. Sie sind Phänomene, Wundererscheinungen der Medizin und Physiologie, oder nichts für Normalmenschen, wie wir gewöhnlichen Sterblichen es sind...

Dr. Th. S. „National-Zeitung“, Basel

Von Alexander zu Adolf

Die Geschichte des „dritten Reiches“

Pünktlich neun Monate nach der „nationalen Erhebung“ stellt sich eine „Geschichte des Dritten Reiches“ ein. Geschrieben von einem Geschichtsforscher Wilfrid Bade, der sonst Romanschreiber und außerdem Regierungsrat im Göbbelsschen Propagandaministerium ist. Mit dem stürmischen Elan, mit dem die Herren des „dritten Reiches“ bekanntlich alles anpacken, wollen sie auch schwarz auf weiß ihre Geschichte haben, bevor sie sie noch gemacht haben.

Hat nicht Hitler selber verkündet, daß mit ihm eine neue dreißigtausendjährige Epoche anhebt? Immerhin, es sind ja nun beinahe schon zwölf Monate dieser 30 000 Jahre um und da ist es doch wirklich an der Zeit... Wobei mir einfällt, daß Wilhelm der Zweite so um 1910 herum, den Grafen Zeppelin zum „größten Mann des Jahrhunderts“ ernannt hat. Wobei er sträflicherweise Adolf Hitler ignoriert hat. Trotzdem, auch so hat die Welt sich nicht wenig lustig gemacht über eine Voreiligkeit, die das ganze Jahrhundert schon vergab, nachdem es gerade angefangen hatte.

Wilhelm II. konnte eben nicht abwarten, sonst hätte er vielleicht gar nicht abdampfen müssen. Hitler will ihm nicht nachstehen, auch er kann nicht abwarten... Schiller sagt von seinem Wallenstein, er habe das doppelte Unglück gehabt, zugrunde zu gehen und überdies seine Geschichte geschrieben zu bekommen von seinen Gegnern. Daß das „dritte Reich“ sich dem nicht aussetzen will, kann man verstehen. Also schreibt man sich selbst die Geschichte. Vorher, ehe es zu spät sein sollte.

Frühere Geschichtsforscher, z. B. Ranke, der Verfasser der Römischen Geschichte, meinten noch abwarten zu müssen. Jahrhundert, sogar über tausend Jahre. Es ist mir schon immer aufgefallen, daß Ranke nicht die mindeste Neigung hatte, etwa die Geschichte des neu geeinten Reiches zu schreiben, dessen Entstehung er ja brühwarm miterlebt hatte. Stubenhocker, der er war, ängstlich besorgt, sich vor dem Wirbelwind der neuesten Ereignisse zu hüten, hat er wohl auch gemeint, man müsse erst mal sehen, was aus Bismarcks Schöpfung in den Händen gewisser Nachbismarcks werden werde. Die Rankes von heute sind gottlob forscheren Geistes; ihre Geschichtsforschung hat den Ehrgeiz, die Geschichte voranzulaufen und nicht wie ein lahmer Gaul nachzuhinken. Es heißt zwar immer, für das Gewesene gibt der Jude nichts; der Nazi gibt, scheint, noch weniger dafür. Offenbar sind die Herrschaften selber neugierig, was überhaupt bei der Geschichte rauskommt.

Im Entscheidendsten freilich versagt das Buch. Leider. Wie jeder Kinobesucher doch die Filme sich bloß des happy ends wegen ansieht, so habe ich die Gewohnheit bei allen Büchern, die ich lese, mich zuerst mal am Schluß über das happy end zu vergewissern. Uebrigens die einzige fruchtbare Methode, Bücher, speziell Geschichtswerke, zu studieren. Wie ganz anders erscheint einem die Geschichte Alexanders des Großen, wenn man bei Droysen erst mal am Ende gelesen hat, wies eins, zwei, drei mit der ganzen Herrlichkeit aus war. Der wahrhaft sieghafte Aufbruch der mazedonischen Nation, die buchstäblich die halbe Welt eroberte, das heißt, ihre Weltoberungsträume nicht bloß hatte, sondern heldisch auch erfüllte, und eines Tages — Alexander, der Führer, wurde von einem Fieberchen gepackt, nicht vom Fieberwahn — den merkt man ja nicht so, wenigstens bei einem großen Mann nicht — sondern von einem richtigen Fieber, das die Naturheilkundigen von damals nicht zu heilen vermochten. Und als es mit einem Mal aus war, da fielen die Diatochen übereinander her, die Unterführer, die er groß gemacht hatte, jeder nur darauf bedacht, zu räubern, was irgend noch zu räubern war. Dem mazedonischen Volk selbst verblieb von dem herrlichen Aufbruch der Nation nichts als ein riesengroßer Katzenjammer.

Wenn man das weiß, daß am Ende die armen Mazedonier bloß die Gelackmeierten waren, dann, meine ich, nimmt sich das beispielhafte Vordringen der sieghaften Sturmtruppe

doch einigermaßen anders aus. Also hätte ich in dem Buch von Bade gern mal gesehen, wie die Geschichte beim „dritten Reich“ so ausgeht. Aber gerade in dem Punkt, der die Allermeisten doch lebhaft interessieren würde, versagt Bade vollkommen. Mit einem Dreh, den ich einen jüdischen Dreh nennen würde, wenn ich nicht wüßte, daß ein Regierungsrat bei Göbbels auf ganz andere Drehs geeicht sein muß, bricht er bei dem Austritt aus dem Völkerbund ab, der sozusagen ein Rückzugs-Sieg war, und nennt seine Geschichte Band I. Was einerseits sehr zu bedauern ist, eben weil das, was er sonst zu berichten hat, noch kaum der Rede wert ist. Andererseits muß ich als Schriftsteller und Mitbegründer des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller den Kollegen Bade doch aufs höchste bewundern.

Wenn er die besagten 30 000 Jahre hindurch alle neun Monate so einen Band rausbringen kann, womöglich noch mit kräftigem Zuschuß des Propagandaministeriums, dann ist er ja ganz gut versorgt. Direkt lebenslanglich, sofern mit einem Mal nicht eben auch das dicke Ende nachkommen sollte.

Paul Westheim.

Zukunftsträchtiger Schaumschläger

Dieser nämliche Regierungsrat Wilfrid Bade vom hiesigen Propagandaministerium hat eine Rede über die „Kulturpolitischen Aufgaben der deutschen Presse“ gehalten (und herausgebracht bei Junker und Dünhaupt, Berlin). In dieser Rede wird vom Feuilleton der gleichgeschalteten Presse vor allem „Pflege der völkischen Kultur“ gefordert. Der Roman müsse völkisch sein. Den guten Unterhaltungsroman habe bisher leider nur die Nazipresse gepflegt. Jüngst hat sich erst die gleichgeschaltete „Literarische Welt“ über die schlechten Romane der nationalsozialistischen Presse beschwert und in diesem Teile energisch Besserung gefordert. Schenken wir Göbbels' Wilfrid das alles. Festgehalten aber muß die Definition werden, mit der er den staunenden Presseleuten des „dritten Reiches“ endlich sagt, was zukunftsfruchtig und revolutionär ist:

„Das deutsche Feuilleton wird vor allen Dingen in gleichem Maße zukunftsfruchtig sein müssen wie traditionsgebunden und konservativ. Denn jeder konservative Gedanke ist ebenso wie jeder revolutionäre ein Todfeind der Reaktion. Gerade jedes konservativ-revolutionäre Moment, das die deutsche Kunst von jeher in ihren höchsten Epochen auszeichnete, von Grünewald über Rembrandt bis zu Franz Marc, von Luther über Schiller bis zu Binding und Johst, wird das deutsche Feuilleton befähigen, zwischen Gestern und Morgen im Heute zu vermitteln.“

Für den Fall, daß jetzt über die Aufgaben des deutschen Feuilletons immer noch keine Klarheit geschaffen ist und einige gleichgeschaltete Feuilletonisten pedantisch über einige Begriffe stolpern, sollen hier einige Erläuterungen gestiftet werden: Konservativ-revolutionär waren jene Blaublütigen des wilhelminischen Deutschlands, die am Dreiklassenwahlrecht festhielten; konservativ-revolutionär sind Hugenberg, Papen und Thyssen, sind Görings junkerliche Freunde, sind der Herr Oldenbom von Janschau, sind die alten Prinzen und Generale und das gesamte monarchistische Lager; ihre konservative, traditionsgebundenen Gedanken sind ja bekannt als revolutionäre Todfeinde jeder Reaktion. Ja, wo ist und was ist nun aber Reaktion?!

Das, lieber Leser, gibt's überhaupt nicht, das ist eine reaktionäre marxistische Erfindung! Und nun auf, deutsche Feuilletonisten! Jetzt wißt Ihr, was zukunftsfruchtig und revolutionär ist, denn der Mann, der in Göbbels Auftrage endlich das Revolutionäre des Hugenberg-Thyssenschen Konservatismus lehrte, ist eine große Kanone im Ministerium für Volksaufklärung.

Friedenspakete

Pakte — Pakte — nichts als Pakte
solln den Frieden garantieren,
doch die Unterzeichnungsakte
können Waffen nicht plombieren.
Gestern noch ein Pakt versagte,
morgen schon ein neuer tagt.
Und Europa, das verzagte,
lauscht dem Redekatarakt.
Konferenz der großen Staaten —
Deutschlands Austritt aus dem Pakt
„Wer will unter die Soldaten?“
Adolf Hitler schlägt den Takt.
Und so naht gewiß die Stunde,
die dem letzten Mächtepakt
und dem letzten Völkerbunde
kriegerisch die Akten packt.

Thomas Eck.

Der liberalistische Typus Mensch (S2)

„Auf Grund jahrelanger Untersuchungen über die Grundformen des menschlichen Seins kennzeichnete E. J a e n s c h den S-Typus (Synästhetikertypus) als Typus der Zersetzung, der extrem liberalistischen Geisteshaltung, der Anpassung und damit als den Gegentypus der deutschen Bewegung. Der S-Typus ist biologisch-psychologisch verankert. Er weist auf extreme Rassenmischung hin, auf Tuberkulose und andere Krankheitsprozesse, auf unfertige und unausgereifte Beschaffenheit und schließlich auf Umformungsphasen, d. h. Lebensabschnitte, in denen der Mensch eine neue Wesensform annimmt. Besonders die gesteigerte Form des S-Typus, der durch überstarke Schwankungen und Anpassungsfähigkeit egozentrischen Charakter und Oberflächlichkeit der Gefühle gekennzeichnete S-Typus, wird zum Gegentypus der deutschen Bewegung. — L. F. Clauß führte in Bild und Wort Rasstypen vor: den nordischen Leistungs- und den fälschen Verharrungsmenschen, die eigentlichen Aufbauer germanischer Kultur, und, zur Unterstreichung der germanischen Eigenart, den wüstenländischen Offenbarungs- und den vorderasiatischen Erlösungsmenschen.“ Diese Orgie an Kretinismus, um bei den nordischen Fremdwörtern zu bleiben, finden wir im Bericht über den 13. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Psychologie, der soeben im 11. Heft der „Industriellen Psychotechnik“ erschienen ist.

Von Schulze bis Heude Chamäleons

Herr G. Schultze-Pfälzer hat ein Buch aus dem Jahre 1930, in dem er den Stahlhelm einen „zwischen Einsicht und Aberwitz schwankenden Veteranenbund“ (S. 309) und den Osaf einen „politischen Piraten“ (S. 312) nannte umgeschrieben, das unter dem Titel „Deutsche Geschichte 1918-33“ soeben erschienen ist. Dieser Neuerwerb des Nazitums gesellt sich Otto Freiherr von Taube, der vor ein paar Jahren den Antinaziroman „Das Opferfest“ veröffentlichte; nun ist er völkisch brav geworden und schreibt im Verlag Stalling über den „baltischen Adel“. Auch der Universitätsprofessor Dr. Ludwig Heyde-Kiel, der sich einst als biederer Demokrat gab, ist zu den Nazis abgesehen. Er hat, flink wie ein Kaninchen, eine „Deutsche Gewerbepolitik“ geschrieben, in der „Wirtschaftsliberalismus, Marxismus und Sozialreaktion“ abgelehnt werden. Sonst betont der Heyde noch, daß er im „Einklang mit den grundlegenden Wertungen der neuen Staatsführung“ sich befindet.

Edition Schott im Verfall Von deutscher Musik

„Das preiswerte Volksbuch der neuen deutschen Lieder. Umfassender Inhalt! Vollständige Texte! Für Klavier zu zwei Händen, Ed. Schott, Nr. 2324: Badenweiler-Marsch-Lied; Lore; Lisa; Stolzer Adler; Horst-Wessel-Lied; Argonwer-Lied; Flaggenlied; Durch Deutsches Land marschieren wir u. a. m.“ So sieht der einst anständige und unpolitische Musikverlag aus, der ohne Export nicht leben kann!

„Mußt Du haben ein Gewehr“

Aus einem Bericht des „Völkischen Beobachters“ über die Einweihung der Staatlichen Bildungsanstalt in Spandau: „Wehr- und Führertum, Rasse und Religiosität sind die geistigen Fundamente der neuen deutschen Schule.“ Erst die Flinte — dann das ABC, erst die Großmutter — dann die Moral.

Zeit-Notizen

Verboten

laut Kriminalpolizeiblatt 1716/17: „Der sozialistische Bote“ (in russischer Sprache erscheinendes Organ der Menschewiki, Paris); „Burgenländische Heimat“ (Eisenstadt); „Erste Pariser Zeitung“ (Paris); „Tribüne“ (Monatsschrift, Prag); „Hindurch zur Kirche“ (Druckerei Franz Weber, Berlin); „Arbeiterblatt“ (Oslo); „Prager Neueste Nachrichten“; „Der Montag“ (Wien); „Wiener freie Lehrstimme“; Johannes Scherr, Katharina H.; Johannes Scherr, „Messalina-Aspasia“; „Berliner Herold“ Nr. 47,

Blicke in europäische Hauptstädte

Nachrichten von übermorgen

Berlin. An der Hochschule für Bevölkerungspolitik fand heute die erste feierliche Promotion statt. Scharführer Pg. Dieter Minnemüller, der die Staatsprüfung in Jura primae noctis mit größtem Können abgelegt hatte, erlangte die Doktorwürde. Seine Dissertation über Römisches Recht und Recht der ersten Nacht (kein Vergleich) wird in einer größeren Auflage in Druck erscheinen. Dr. juris p. n. Minnemüller wurde zum Fernzeugmeister der SA. Brandenburg bestellt.

Wien. Der Verein zur Förderung der Familieninteressen hat die Forderung nach sofortiger Einführung der allgemeinen Gebärpflicht in Oesterreich aufgestellt. Der Verein verlangt weiter wirksamen Schutz vor Schutzmitteln und Maßnahmen zur Aufklärung der Bevölkerung über die Schäden der Aufklärung.

Paris. Der Kolonialminister dementiert, daß er falsche Gutscheine der Sozialversicherungsanstalten als Börsentip empfohlen habe. Der Sozialversicherungsminister bestreitet, daß er gefälschte Kolonialpapiere zur Deckung seines Guthabens bei der Bank von Indodina verwendet habe. Der Finanzminister erklärt, daß er das Blatt „La Morale Publique“ niemals mit falschen Aktien der Luftfahrtgesellschaft gekauft oder bestochen habe. Der Luftfahrtminister ist zurückgetreten. Die Nachricht von einer Ministerkrise wird dementiert.

London. Eine Klärung der weltpolitischen Lage steht insofern unmittelbar bevor, als der englische Außenminister der Einladung des rumänischen Gesandten in Brüssel, einer

gemeinsamen Beratung der baltischen Randstaaten über das Saarproblem beizuwohnen, Folge geleistet hat. Der französische Gegenbesuch in Rom mußte auf Intervention des spanischen Geschäftsträgers in Tokio unterbleiben, doch rechnet man mit einer baldigen Eingliederung des Völkerbundes in den Viermächtepakt auf Grund der Vermittlungsvorschläge Monacos.

Nicht zuviel Politik

Es graut ihnen schon davor

Im laufenden Semester, so teilt Preußens Kultur-Rust mit, hat sich herausgestellt, daß an allen Hochschulen eine Ueberzahl von „politischen Vorlesungen“ angekündigt und zum Teil auch für die gesamte Studentenschaft verbindlich gemacht worden ist. Aus diesem Grunde betont der Rust in einem Erlaß, daß die politische Erziehung der Studentenschaft in erster Linie in den Fachkollegs zu erfolgen habe, während nur in besonderen Fällen politische Vorlesungen, etwa für Hörer aller Fakultäten, auch im Vorlesungsverzeichnis, besonders herauszustellen seien. Der Minister ersucht deshalb, bei der Neuaufstellung des Vorlesungsplanes für das Sommersemester darauf Bedacht zu nehmen, daß nur solche Vorlesungen als „politische Vorlesungen“ besonders herausgehoben werden, die auch strengen Anforderungen genügen. Die Entscheidung darüber, ob eine Vorlesung als „politische Vorlesung“ zu bezeichnen ist, trifft der Rektor im Einvernehmen mit dem Führer der Dozentenschaft und dem Führer des SA-Hochschulamtes. Es würde genügen, so schließt der Erlaß, wenn etwa zwei bis drei Vorlesungen an jeder Hochschule als „Vorlesungen zu politischer Erziehung der Studentenschaft“ hervorgehoben würden,

Um das Asylrecht

Verfolgung wegen „krimineller“ Verbrechen

Die Polizei in Wien teilt mit:
Der von der Staatsanwaltschaft Dresden wegen Unter-
schlagung von 19.300 Reichsmark Reduziertlich verfolgte
und wegen Devisenvergehens gesuchte 43jährige
frühere Beamte des Zentralverbandes der Angestellten
Dresdens Karl Heinrich Haunschild, zu Linden bei
Hannover geboren, wurde heute früh in Wien ver-
haftet. Er bestritt, die Unterschlagungen persönlich be-
gangen zu haben, und gab sich zu, daß 3000 Mark Ver-
bändgelder, auf Weisung des Vorstandes, für sozialdemo-
kratische Parteizwecke verwendet worden seien. Haunschild
ist am 29. März 1938 aus Dresden geflüchtet und hat sich
zuletzt in Prag, Paris, Saarbrücken und Zürich auf-
gehalten. Haunschild wird dem Landesgericht eingeliefert
werden.

Das sind Methoden, nach denen auch in anderen Ländern
deutsche politische Emigranten verfolgt werden. Die „Ar-
beiter-Zeitung“ in Wien macht dazu folgende grundsätzliche
Aussagen:

Was hier geschieht, ist ein erstaunlicher Fall, von dem man
nur annehmen kann, daß die österreichischen Behörden seine
Tragweite nicht gleich erkannt haben. Haunschild, ein
Funktionär der deutschen Gewerkschaften und der Partei,
ist politischer Emigrant. Die „Unterschlagung“, die
er begangen haben soll, besteht darin, daß er deutsche Ar-
beitergelder im Auftrag seiner Organisation vor dem Raub
durch die Nazi gerettet, und sie im Auftrag seiner Organi-
sation im Ausland — offenbar für deutsche Flüchtlinge —
verwendet hat; daß „Devisenvergehen“ hat er nach der Auf-
fassung der Nazi dadurch begangen, daß er diese Gelder über
die Grenze brachte. Nach der Gleichschaltung der deutschen
Gewerkschaften, die mit der Aneignung ihres gesamten Ver-
mögens durch die Faschisten verbunden war, treten nun die
Räuber der deutschen Arbeitergelder als Rechtsnachfolger
und rechtmäßige Besitzer dieser Vermögenswerte auf. Das
bildet den Grund der zahlreichen Prozesse wegen Unter-
schlagung und Untreue, auf Grund deren die in Deutschland
verbliebenen Funktionäre der freien Gewerkschaften ins
Gefängnis geworfen, in den Kerker und Konzentrations-
lagern zu Tode gefoltert werden. Das bildet auch die
Grundlage der Stedbriefe, mit denen die Nazi-Behörden
nun ihre ins Ausland entnommenen Opfer verfolgen.

Sollen nun österreichische Behörden wirklich die Hand dazu
heben, daß unbescholtene Menschen, die ein Leben lang ihrer
Organisation treu gedient und öffentliche Vertrauensstellen
bestritten haben, deshalb der Rache der Nazi-Banden aus-
geliefert werden, weil sie zu einer Zeit, als sie auch nach dem
deutschen Gesetz über Vermögenswerte der Organisationen
rechtmäßig verfügten — man beachte, daß Haunschild
Deutschland bereits Ende März verlassen hat, während die
Gleichschaltung der Gewerkschaften erst am 2. Mai erfolgte —
dieses Vermögen im Sinne ihrer Organisation verwendet
haben? Man hat doch auch in Österreich Kenntnis von der
Umwertung aller Rechtsbegriffe, die im faschistischen
Deutschland herrscht. Man muß sie nach den Proben, die die
österreichischen Nazi liefern, wahrhaftig haben! Der scham-
lose Trick jeder Gegenrevolution, die Auslieferung politischer
Flüchtlinge unter dem Vorwand gemeiner Verbrechen zu
fordern, wird hier noch übertroffen: diese Männer werden
wegen Handlungen verfolgt, zu denen sie zur Zeit als sie
geschahen auch nach dem deutschen Gesetz vollkommen
berechtigt waren.

Wenn schon die Polizei die deutschen Verhältnisse so wenig
kennt, daß sie den Stedbrief nicht einfach beiseitelegte, son-
dern Haunschild in Haft nahm, wollen wir zur Ehre der
österreichischen Richter annehmen, daß sich kein Gericht in
Österreich finden wird, das diesen Mann auf Grund dieser
Anschuldigungen seinen Henkern ausliefert. Hier geht es
nicht nur um die Wahrung des Asylrechtes politischer Flücht-
linge, das allen Kulturstaaten heilig ist. Hier geht es um
eine so niederträchtige Rechtswidrigkeit der Nazi-Behörden,
daß keine formaljuristische Erwägung zu einer andern An-
wort auf dieses Auslieferungsgeschehen führen kann, als zu
einem dem unverkämten Schwindel dieser „Stedbriefe“
energisch entgegengetreten sein.

Ungültige Ehen

Für Schnüffler lohnende Tätigkeit

Die „Deutsche Zeitschrift für Wohlfahrtspflege“ sagt: „Nach
dem neuen Gesetz (§ 1325 a BGB.) ist eine Ehe nunmehr auch
nichtig, wenn sie aus illegalen oder vorwiegend zu
dem Zweck geschlossen ist, der Frau die Führung des Fami-
liennamens zu ermöglichen, ohne daß die eheliche Lebens-
gemeinschaft begründet werden soll. Dieser neue Ehe-
nichtigkeitsgrund unterscheidet sich von allen bisherigen dadurch,
daß die Nichtigkeit nicht von objektiven, meist ohne
weiteres feststellbaren Tatsachen, sondern
von inneren subjektiven Gedanken und Ab-
sichten abhängt. Nicht erforderlich ist, daß beide
Eheleute die ehewidrigen Absichten verfolgt haben; es
würde z. B. genügen, wenn eine weibliche Person einen
Mann mit einem hochachtbaren Namen u. g. a. und ihn
in der in § 1325 a BGB. erwähnten Absicht zur Eheschließung
bestimmt. Ein Kind aus einer nach § 1325 a BGB. nichtigen
Ehe ist, sofern nur ein Elternteil die Nichtigkeitsgründe ge-
kannt hat, schlechter gestellt als die Kinder aus anderen
nichtigen Ehen unter den gleichen Voraussetzungen: diese
letzten genannten gelten nämlich als ehelich, während Kinder
aus einer nach § 1325 a BGB. nichtigen Ehe ausnahmslos als
unehelich gelten.“

Nun sind die deutschen Männer vor „Umgarungen“ durch
schlimme aber wohl doch hübsche Weiber gesetzlich geschützt.
Und das ganze heißt „Deutsches Recht“.

Bis ins 2. und 3. Geschlecht

Klara Zetkins Villa

Auf Grund des Gesetzes über die Einziehung kommunis-
tischen Vermögens ist, wie wir schon meldeten, die Villa
der verstorbenen Kommunistin Klara Zetkin in der
Bahnhofallee beschlagnahmt worden. Eigentümer war zuletzt
der Sohn von Klara Zetkin, der Graf Konstantin Zetkin,
der sich niemals um Politik gekümmert hat und sich nicht zum
Kommunismus bekennt.

„Alles mit Gott!“

Stuttgart, 12. Jan. (Ansch.) Die 53jährige Frau eines
Schneiders aus Oßheim, deren Mann wegen Vorbereitung
am Hochverrat in Untersuchungshaft sitzt, schrieb an ihre
Schwester, daß die politischen Häftlinge in Deutschland fast
durchweg fürchtbar geschlagen würden: „Bei uns kommen
die Arbeiter um den Kopf, tausende werden verhaftet, und
das alles mit Gott.“

Sie wurde vom Stuttgarter Sondergericht zu zweieinhalb
Monaten Gefängnis verurteilt.

Papens Christentum - Gottlosigkeit

Er sieht in Hitlers Blutregiment das Reich Gottes auf Erden

Das deutsche Volk wird von Männern der Gewalt und der
Demagogie regiert. Unter ihnen aber ist einer, der härter
als die anderen vom Diktat seines schlechten Gewissens an-
getrieben wird, sich vor sich selbst, vor seiner Weltanschauung
und seinem Glauben fortwährend zu rechtfertigen. Das ist,
was nicht schwer zu erraten ist, Franz von Papen. Fast
genau vor einem Jahre hat er als Vermittler zwischen Hitler
und dem Kölner Bischof Baron von Schröder, dem
Vertrauensmann der Schwerindustrie, eines der Fundamente
zum „dritten Reich“ gelegt.

Am Sonntag hat er in Gleiwitz (Oberschlesien) vor der
Arbeitsgemeinschaft katholischer Deutscher eine Rede über die
„Christlichen Grundzüge des dritten Reiches“
gehalten. Sie stellt, um es vorweg zu sagen, unter den Reden
des Herrn von Papen einen Meilenstein dar. Er versucht nämlich
den Nachweis, daß noch niemals ein Staat die heiligen
Grundzüge der katholischen Kirche so weit gegen und so folge-
richtig durchgeführt habe, wie das Reich Hitlers. Das päpst-
liche Rundschreiben quadragesimo anno vom Jahre 1932 hat
nach der Meinung des Herrn von Papen im „dritten Reich“
seine erste und einzige Verwirklichung gefunden.

Hätte der deutsche Katholizismus noch die Kraft und die
Möglichkeit zum freien Wort: er müßte gegen diesen
Mißbrauch einer päpstlichen Enzyklika sei-
denschaftlich Einspruch erheben. Gewiß gibt das
päpstliche Rundschreiben vielerlei Anhaltspunkte zur Begrün-
dung einer ständigen Gesellschaftsordnung. Aber es wendet
sich zugleich scharf gegen jeden Totalitätsanspruch des Staates
und lehnt deutlich die Forderungen des Faschismus ab, der
das gesamte gesellschaftliche Leben unter Staatszwang
halten will. Es ist zwecklos, einzelne Sätze der Rede des
Herrn von Papen den Ausführungen der Enzyklika entgegen-
zustellen. Das bekannte Hirtenschreiben der österrei-
chischen Bischöfe bezieht sich auf die gleichen Sätze der
Enzyklika die von Papen angezogen werden, zur Unter-
stützung ihres Kampfes gegen den National-
sozialismus! Man sieht, daß die oft sehr dehnbaren
Ausführungen der päpstlichen Rundschreiben vielseitiger
Auslegung fähig sind. Aber keiner hat sie sich so dreist zurecht
gerummelt wie Herr von Papen. Keiner geht mit solcher
feilschen Gelassenheit an den humanitären Grund-
sätzen vorüber, die das ganze Glaubensgebäude des Katho-
lizismus tragen. Keiner wagt es, so wie er, seine Hand über
alle Brutalitäten der Menscheneinrichtung und des Men-
schenhaßes zu halten, sich dabei noch auf göttliche Gebote zu
berufen.

Papen polemisiert gegen die österreichischen Bischöfe. Er
leugnet, daß in Deutschland Rassenkaf

endlich wiedererkennt, zu der er gehört. Er
treibt die schlimmste antikatholische Gott-
losenpropaganda, die uns bis zur Stunde an
Gesicht gekommen ist.

Wendung des Saar-Katholizismus?

Wie aus Saarbrücken berichtet wird, wurde am Sonn-
tag in drei zur Diözese Trier gehörenden katholischen Ge-
meinden des Saargebietes im Vormittagsgottesdienst eine
Bekanntmachung verlesen, wonach vom 18. bis 26. Januar
Gebete zur Abwendung der großen Gefahren, die dem
katholischen Glauben durch die Umwälzung im Vaterland
drohen, verrichtet werden sollen. Außerdem wurde ein
Schreiben des Bischoflichen Generalvikars verlesen, in dem
den Katholiken streng verboten wird, dem
Sterilisationsgesetz Folge zu leisten, da es
den katholischen Sittengesetzen widerspreche. Auch Katholiken,
die einen anderen Zweck Sterilisation anseigen, würden sich
einer schweren Sünde schuldig machen.

„Braune Schwestern“ mißliebig Nur noch eine einheitliche Schwesternschaft

Der „Völkische Beobachter“ veröffentlicht folgende Anord-
nung des Stellvertreters des Führers:
Hiermit verbiete ich die innerhalb der NSDAP, oder
ihren Nebenorganisationen bestehenden Schwesternschaften,
Braunen Schwestern oder Rote Hakenkreuz-
Diese Schwesternschaften haben sich bis zum 15. Januar 1934
aufzulösen. Eine Neubildung dieser Schwesternschaften
ist, gleichgültig, wie sie sich bezeichnen, künftig unterbott.
Das Verbot betrifft nicht die in der NS-Frauenschaft zu-
sammengeschlossenen Hilfsfürsorgereinen und Helferinnen.
Dieselben dürfen sich jedoch in Zukunft nicht mehr als
Schwestern bzw. Hilfschwestern bezeichnen.
Die Leitung der NSDAP ist von mir beauftragt, eine ein-
heitliche Schwesternschaft zu bilden. Die ent-
sprechenden Anordnungen werden von ihr gemeinsam mit
dem Leiter des Rates für Volksgesundheit bei der Reichs-
leitung der NSDAP, Pg. Dr. Wagner, und dem Leiter
der NS-Frauenschaft, Pg. Dr. Krummacher, erlassen.

Deutschlands Messerhelden

SA. und SS. werden mit Dolchen bewaffnet

Die Nationalsozialistische Korrespondenz meldet:
Durch eine Verfügung der Obersten SA-Führung wird für
die SA. und SS. zum 1. Juni 1934 ein Dolch nach dem Muster des zu Weihnachten vom
Stabschef an verdiente SA-Führer verliehenen Ehren-
dolches eingeführt.
Die Ausgabe an die SA-Einheiten erfolgt nach Maßgabe
der Fertighaltung gegen Barzahlung durch die SA-Gruppen.
Im freien Handel ist der Dolch nicht erhältlich.

Denunziantenpest

Kehrseite der Diktatur

Die württembergische Politische Polizei gibt be-
kannt, daß die bisher ergriffenen Maßnahmen gegen
Denunzianten noch nicht zur vollständigen Abstellung
dieser unerfreulichen Begleiterscheinung der Revolution ge-
führt hätten. Sie halte aber die Zeit für gekommen, gegen
gewissenlose Anzeigerkatter im Interesse der geordneten
und ungestörten Aufbauarbeit nunmehr wenn nötig mit
scharfen Maßnahmen einzuschreiten. Unfaubere Elemente,
die glaubten, sich auf schmierige Art und Weise persönliche
Vorteile verschaffen zu können, würden jetzt lechtmals
verurteilt.

Massenverhaftung von Arbeitern

„Nur noch Hering“

Sämtliche Maler und Anstreicher — insgesamt rund 200
— die in den Betrieben der J. G. Farbenindustrie,
Leverkusen, beschäftigt waren, wurden ver-
haftet, weil an der Innenmauer in riesigen Buchstaben
die Anschrift angebracht worden war:

„Unter Bräuna und Papen hatten wir noch einen
Braten, bei Hitler und Göring laugt es nicht mehr zum
grünen Hering.“

Max war voll von gutem Willen
Und der Redner sprach sehr flott.
Sprach nicht nur von Jugendliten,
Auch von Freiheit, Arbeit, Brot.
Sagte, Hitler liquidiere
Bald die Arbeitslosigkeit,
Sagte Hitler, garantiere
Jedem für die Winterzeit
Kraft durch Freude.

Max war voll von gutem Willen,
Maxens Bauch hingegen nicht,
Und er überföhrte im Hissen
Ganz den freudigen Bericht.
Er verdrehte Maxens Schadel,
Dort ging ein Nummern los,
Grade als der Redner edel
Mit den schönen Worten sprach:
„Kraft durch Freude!“

Alle Klatschten, denn die Freude
Wurde ja mit Kraft erzeugt.
Und im Jubel trugen Leute,
Warum Maxe sitzt und Schweigt?
Max war voll von gutem Willen,
Aber Max blieb trotzdem still:
Als er Freude wollte fühlen,
Ram's, daß er in Ohnmacht fiel,
Max veräumte seine Chance,
Max ward Opfer der Natur.
Maxen, und da frecht das Ganze,
Fehlte eben eines nur:
Kraft durch Freude.

LEHM kauft JUWELN
schöne
Diamanten, Perlen, Silber, Gold
VERKAUF
Paris, 43, rue Lafayette. Expertise

herrliche. Die Entrechtung, Versetzung und Austreibung
der Juden, von all den zahlreichen Mordtaten abgesehen,
nennt er „völlische Wiedergeburt“. Es habe sich in Deutsch-
land nur um einen Abwehrkampf gehandelt. Auch von einem
extremen nationalen Prinzip könne im Hitlereich keine Rede
sein, denn Hitler und andere Persönlichkeiten hätten „un-
zweideutigen Friedenswillen bekundet“. Gewiß gäbe es
einige Schattenpunkte für den Katholizismus, so vor allem
in der Frage des katholischen Vereinswesens. Aber das werde
sich schon in Ordnung bringen lassen, weil ja, immer wörtlich
nach Herrn von Papen, das „dritte Reich“ unter der Führung
Hof's Hitlers nichts anderes sei, als katholische
Grundsätze in die Praxis umzusetzen.

Papen schloß mit einem Appell zur Mitarbeit. Mit der
„ganzen Seele“ wollten die deutschen Katholiken hinter Hitler
und seiner Regierung stehen. Denn sie wollten heraus aus
dem Ghetto. Das Herr von Papen sein Wort für die Ver-
folgung katholischer Geistlicher sagte, über den Unter-
drückungsfeldzug gegen die katholische Presse, die Verbote von
Kirchenblättern bedarf keiner Erwähnung. Hätte er etwas
darüber gesagt, keine deutsche Zeitung würde die Veröffent-
lichung wagen. Dieses „dritte Reich“ ist der Staat,
in dem sich Herr von Papen wohlfühlt. Es ist das Reich, in
dem er das Gesicht der herrschenden Klasse

Kraft durch Freude

„Kraft durch Freude“ heißt in Deutschland die
Organisation, die die Arbeiter am 3-
nationalen Geistes erbauen soll.

Max, obwohl er kein Semit war,
Max verredete täglich lacht.
Ein vergessener Frontabschnitt war
Max in Hitlers Arbeitsschlacht.
Max, den Hunger fest verbeißend,
(Sonn war nichts zum Beißen da),
Max schlief durch Berlin, als gleichend
Er ein Türschild hängen sah:
„Kraft durch Freude.“

Max trat ein, um Mut zu schöpfen.
Max, vom Fahren sehr erschläfft,
Sah SS. mit Totenköpfen.
Zweifellos: die hatten Kraft;
Nicht feststellbar, ob durch Freude.
Max nahm Platz und wartete,
Harrte, schwach, im Dampfschleide,
Harrte, daß in ihm entseht
Kraft durch Freude.

Max sah einen Redner sprechen.
Hören wollte er ihn auch,
Aber: ohne Unterbrechen
Anurrie hörend Maxens Bauch.
Max ward's vor den Augen schief,
Maxens Bauch trieb Sabotage.
Maxens Bauch schrie sehr hartnäckig:
Jhm verschaffe nur Menage
Kraft durch Freude.

Pariser Berichte

Pariser Straßenkalender

Der Pariser Milchpreis wird vom 1. Februar an von 1,60 Franken auf 1,50 herabgesetzt. Eine weitere Herabsetzung soll nach Eintritt der warmen Jahreszeit folgen.

In der ersten deutschen Veranstaltung der librairie du Luxembourg las Gustav Regler Teile aus einem neuen Saarroman, und zwar ein Kapitel, in dem Mißhandelte aus Deutschland in das Saargebiet flüchten. Den Hitler-Leuten wird hier zugerufen: „Ihr kommt hier nicht herein!“ Eine andere Saardebatte gab es bei einer Vorführung des von uns bereits besprochenen Saar-Films, die der Vertreter des gleichgeschalteten Berliner „Lokalanzeigers“ vom Heimbürg zu einer Verteidigungsrede für Hitler benutzte, aber mit Mißerfolg.

Christine Papin, die ältere der beiden Schwestern, die als Dienstmädchen ihrer Herrschaft die Augen ausgerissen hatten, hat im Gefängnis zu Muns den Hungerstreik begonnen. Das brutale und offenbar geisteschwache Mädchen war zum Tode verurteilt worden und hatte sich geweigert, das Gnadengesuch zu unterzeichnen.

Am Mittwoch, dem 17. Januar, 17.15 Uhr findet im Hause der Liga für Menschenrechte die erste Versammlung einer neugegründeten Vereinigung emigrierter deutscher Juristen unter dem Vorsitz des Mannheimer Anwalts Dr. Franz Hirschler statt.

Polydor bringt zwei Schallplatten des Pariser Dichters Jehan Rictus „Impressions de promenade“ und „Crève-Coeur“. Ferner hat sich eine neue Gesellschaft „Vox populi“ gebildet, die u. a. Montmartre-Verse von Paul Paillette, einem Zeitgenossen von Bruant, bringt.

Professor Lichtenberger über Deutschland

Der berühmte Germanist der Sorbonne ist in der Reihe der Vorträge, die er gegenwärtig in der Hochschule für soziale Wissenschaft hält, bei dem interessantesten Moment angekommen, in dem Hitler zur Macht kommt. Es ist von bizarrerem Reiz, hier in Paris zu sitzen und den klaren, wunderbar formulierten, in scharfen Satzpausen vorgetragenen Worten des vornehmen Mannes mit dem weißen, breiten Schnurrbart und der hohen Stirn zu lauschen.

Der große Wissenschaftler bespricht den seinerzeitigen Verlust von zwei Millionen Stimmen durch Hitler und die Geschichte des gescheiterten „Präsidialkabinetts“ von Papen, — dann das Zwischenspiel zwischen Hitler und Hindenburg, bei dem Hitler eine Präsidiallösung verlangt und sie nicht erhält. Ausführlich erörtert der Gelehrte das kurze Präsidialkabinetts von Schleicher, dessen Neigung zu den freien und den christlichen Gewerkschaften, zu Gregor Strasser, zu den leicht sozialisierenden Männern der „Tat“. Die Ursache des Falls Schleicher sieht Lichtenberger in der Ablehnung der Osthilfe gegenüber den Junkern. Das Geschehen des Gutes Neudeck an Oskar von Hindenburg spielt eine Rolle. Die Großindustrie mißtraut Schleicher, er ist „der rote Kanzler“. In diesem Moment vollzieht sich die Annäherung von Hitler und der Schwerindustrie.

Zwei Geheimkonferenzen finden statt: am 6. Januar empfängt der alte Marschall Gregor Strasser, am 4. Januar ist die vielerörterte Zusammenkunft zwischen Papen und Hitler zu Köln im Hause des Bankiers Schröder, bei der Papen wahrscheinlich eine Teilung der Macht vorgeschlagen hat. Hitler verlangt Reichswehr, Polizei, Preußen, das wird abgelehnt. Aber inzwischen steht Schleicher ganz allein, angegriffen von Hugenberg und den Junkern. Da wird am 21. Januar das Diktaturregiment eingesetzt, mit den entscheidenden Posten für Hitler, mit Papen als Vizekanzler und Preußenkommissar, mit Hugenberg und Seldte. Die Pressefreiheit wird aufgehoben, die kommunistische Bewegung unterdrückt.

Die Hitlerbewegung hat nach Lichtenberger drei Hauptgründe:

1. Die Not in Deutschland, die Zerreibung des Mittelstandes, die Bildung des akademischen Proletariats, die furchtbare Arbeitslosigkeit. Heute ist nach Auffassung Lichtenbergers der feste Wille der Nationalsozialisten vorhanden, der wirtschaftlichen Entmutigung Herr zu werden. Die Masse der Deutschen hat nach Ansicht des Professors — und dies ist einer der Punkte, über die am meisten zu streiten wäre, schon mit Rücksicht auf die Wahlzeiten und die Wahlfälschungen — die Regierung, die sie wünscht.

2. Der Antisemitismus. Dieser ist nach Lichtenberger eine schon lange in Deutschland latente Gefahr. Die alte konservative Partei hatte ein antisemitisches Programm. Die starke Bedeutung jüdischer Intelligenzler in Presse, Theater, Literatur, Film, die Machtverteilung an der Börse und ein starker jüdischer Prozentsatz unter den Anwälten und Ärzten taten das Ihre. Man müsse diese Dinge, erklärte der Franzose, vom Standpunkt des Auslandes ganz unabhängig beurteilen, um die Gefahr zu verstehen.

3. Hitler spielte mit der Gefahr des Bolschewismus, um sich als Retter gegen das Chaos anzupreisen. Bolschewismus und Marxismus setzt er gleich. Besonders die Rotfrontkämpfer spielt er aus, und die Tatsache, daß Bayern, Sachsen, Thüringen, Hamburg die Szene bolschewistischer Bewegungen gewesen sind. Der Kampf gegen den Bolschewismus ist die besondere Propagandarbeit des Ministers Göbbels.

In seinem nächsten Vortrage wird Professor Lichtenberger den Nationalsozialismus selbst betrachten.

Der Demonstrant Bernard de Jouvenel

Zu den Leidtragenden bei den großen Straßendemonstrationen angesichts der Stavisky-Debatten der Kammer gehört auch wie wir hören, der Berlinfahrer Bernard de Jouvenel. Der ältere Sohn des bekannten Botschafters hatte mit anderen Journalisten zusammen vorgehen einen sogenannten coupfil vorgezeigt, das heißt eine Art Ausweis,

Tél. Trinité 43-13
Métro Pigalle

Deutsche Poliklinik

Paris, 62, Rue de la Rochefoucauld

a) Allgemeine Konsultationen mit 9 Spezialisten.
Innere Medizin, Augen, Ohren-, Nasen- und Kehlkopfkrankheiten, Kitzgen, Elektrotherapie, Spezialbehandlung bei Blasen-, Harn- u. Geschlechtskrankheiten

b) Chirurgie
Zweistagesklinikstationen, Vierzeltige Gebäudefürsitz, Zimmer mit 1 bis 4 Betten, 3 Aestrie, 1 Heb- u. 2 allerniedermestrichtungen, 2 Operationssäle.

c) Geburtshilfliche Klinik
Vierzeltige Gebäudefürsitz, Zimmer mit 1 bis 4 Betten, 3 Aestrie, 1 Heb- u. 2 allerniedermestrichtungen, 2 Operationssäle.

d) Zahnärztliches Kabinett
Zahn- und Mundchirurgie, Gold- und Porzellankronen, -Brücken, Kautschuk-Arbeiten

Ordination täglich von 9-12 und 2-5; Sonntags und Feiertags von 10-12 und 2-4 Uhr

und wurde in der allgemeinen Nervosität von den Beamten nicht gut behandelt.

Herr de Jouvenel hatte, wie wir gemeldet haben, in Berlin vor einigen Tagen an einer deutsch-französischen Jugendkundgebung teilgenommen, bei der u. a. der Göbbelsvertreter Blunck sprach und in der Herr von Gleichen die Delegationen im Herrenklub empfing. Diese Tagung war noch ein Erbe der Davoser Hochschulkurse und stammte, so viel wir wissen, deutscherseits aus dem Sohlbergkreise. Die Bewegung geht also auf die Republik zurück. Die Deutschen, amtlich verhittelt, haben seitdem ihre Haltung geändert, aber die Franzosen sind auf ihrem Standpunkt geblieben. Bertrand de Jouvenel ist ein junger Idealist, der sicherlich Vertrauen in die Verständigung mit Hitler-Deutschland setzt. Aber in Wirklichkeit ist eine solche Vertrauenseligkeit heute nur schädlich.

In Frankreich wird höchstens mal ein Polizeigaul unruhig, aber in Hitler-Deutschland wäre Herr de Jouvenel, darüber muß er sich klar sein, längst im Konzentrationslager. Hat er übrigens den Kulturredner Blunck nicht gefragt, wo die Friedensfreunde und Verständigungsjournalisten wie Ossietzky, Mühsam, Renn, Leutnant Scheringer und zahlreiche andere stecken und wann sie frei kommen?

Angesichts der Demonstrationen erzählt der „Intran“ eine echt Pariser Geschichte: Ein Redakteur des Blattes soll an der Concorde-Brücke von den „Flies“ nicht durchgelassen werden.

„Aber,“ sagte der geistesgegenwärtige Zeitbeobachter, „ich bin doch Demonstrant“.

„Ach so, — na, dann man los,“ sagt der Flic — und öffnet den Zugang über die Seine.

Film - Paris

Der neue französische Film „Madame Bovary“ nach Flauberts großem Roman ist von Jean Renoir im wesentlichen unter Wahrung des wunderbaren, bis ins kleinste Adjektiv durchdachten Textes des berühmten Dichters geschaffen worden. Vielleicht darf man daran erinnern, daß dieser bekannteste Frauenroman der Weltliteratur unter Napoleon III. zu einem Sittlichkeitsprozeß gegen den Dichter führte. Flaubert hat den Roman übrigens ebenso wie sein früheres Werk „Salambo“ in der Nähe des Places der Bastille, in dem Hause 42, Boulevard du Temple, geschrieben.

Die Geschichte der armen Emma Bovary und ihrer Liebe findet die berühmte normannische Schaulage des Romans vor. Valentine Tessier spielt meisterhaft das Vorbild aller Femina-Gestalten der Romanliteratur. Den braven Doktor Bovary, Vorläufer aller „Gehörnten“, gestaltet Pierre Renoir mit vollendetster Technik aus.

Premiere im Ciné-Opéra.

Im Colisée läuft „Die große Mauer“ (La grande muraille). Gemeint ist die chinesische Mauer, und der Film spielt im chinesischen Bürgerkrieg.

Die Arbeit an „Primerose“, dem Werk nach den Zeitdichtern de Fiers und Caillavet, wurde in Epinal beendet. Primerose tritt ins Kloster ein, der Liebe überdrüssig, und Madeleine Renaud ist eine Nonne. Ein ausgelassenes echt Pariser Film Lustspiel unter der Regie von René Guissart.

Joe May hat einen Film „Dactylo verheiratet sich“ mit bearbeitet, der in Joinville begonnen wurde. Ebenfalls in Joinville geschaffen und vollendet wurde der Film „Drei von der Kavallerie“, in dem ein Wachfigurenkabinetts mit Napoleon, Faust und Clemenceau vorkommt. Wann „Liliom“ mit Harry Baur nach Molnar herauskommt, steht noch nicht fest, dagegen wird gemeldet, daß die verheißungsvoll begonnenen europäischen Arbeiten von Fox mit Pommer in Paris beendet sind.

Der Film „Misérables“ nach dem berühmten Pariser Roman von Victor Hugo wird in seinem ersten Teil Anfang Februar im Paramount herauskommen, der zweite und dritte Teil werden im Marignan und im Marivaux folgen.

BRIEFKASTEN

H. G. In der Tat: die Verbannten werden sich über den Kosle Emigranten freuen. Wir werden ihm die „Deutsche Freiheit“ auf die Spur legen.

Ganni Sch., Antwerpen. Ihr Gedicht ist eines von mehreren, die uns zu diesem Foll zugegangen sind. Wir glauben, die Angelegenheit in Prosa hinreichend gewürdigt zu haben und wollen daher keine der Gedichte bringen. Schönste Grüße.

M. R., Amsterdam. Bei allem Verständnis für die Verbitterung vieler Emigranten: in solchem Ton zu einem Gastlande zu sprechen, würde den Emigranten nicht nützen, sondern nur schaden. Darum lehnen wir Ihre Aufschrift ab. — Die Mühlen des Völkerbundes mahlen sehr langsam. Der Flüchtlingskommissar wird davon keine Ausnahme machen.

Ein Leser, Bern. Ihr Wunsch ist erfüllt worden.

„Die neue Weltbühne“, Prag 1, Melantrichova 1. Seit 2 des neuen Jahrgangs in solchen erschienen und enthält folgende Beiträge: Willi Schömann, „Entscheidung ein Völkerbund“; Louis Fischer, „Moskewitz, Witwinow und Krot“; Peter Bergner, „Der Bergmann“; Max Bergner, „Wieder in Berlin“; „Die Lüge an der Nacht“; Leo Troppel, „Anatol Wassiljewitsch Lunatscharski“; Heinrich Fischer, „Reise am Ende der Nacht“; Hermann Rehen, „Eine Jugend in Deutschland“; Fritz Krell, „Warum die Robbholzer wachen“; Bemerkungen; Antworten.

F. B. Sie machen uns darauf aufmerksam, daß sich zu Görings Geburtstag ein fulminanter Verberrlichungsartikel in den Spalten der gleichgeschalteten Presse breitmachte. Göring läßt sich darin — in größenwahnsinniger Anlehnung an geschichtliche Vorbilder — der „eiserne Herrmann“ nennen und seine „unentwegten Kämpfe und Siege“ befehlen. U. a. ist in diesem Artikel auch folgender Satz enthalten: „Ein so hinreichender Redner Göring auch sein mag, so ist er doch ein Mann der wortlosen Tat.“ Ob Ihre Vermutung, daß die „wortlose Tat“ der eifigen Diktatur von der Lubbe mit Görings Geburtstag in Zusammenhang stehe, zutrifft, vermögen wir nicht zu beurteilen. Aber der Verfasser hat Recht: es geschieht unter der Regenschirm des Görings ungezählte „wortlose Taten“. Doch er für alle zur Verantwortung gezogen und ihm bei der großen Abrechnung nicht geschenkt wird, dafür werden die sorgen, die auch ohne Worte wissen, worauf es ankommt.

Freischüler. Das Lieberbuch „Blut und Ehre“ ist von Baldu von Schirach herausgegeben. Eine gleichgeschaltete Zeitung berichtet darüber: „Baldu von Schirach selbst ergreift die Initiative und gab dem deutschen Volkstüm die maßgebende Richtung — die heldische, die dante, preußisch betonte Haltung.“ Und es war höchste Zeit, daß Baldu von Schirach diese Tat vollbrachte, denn — so heißt es weiter — „eine weidliche, allgemein menschenheitsbegünstigende Lebensmacht hat in allen neuen Verberlichungen und Volkstümlichkeiten überhand genommen.“ „N e n s c h e i t i s t b e g l ü c k e n d e L e b e n s m a c h t n a c h M a r x i s m u s u n d i n f o l g e d e s s e n H o c h v e r r a t . „ B l u t “ m u ß m i n d e s t e n s e i n m a l i m T i t e l z u f i n d e n s e i n . S o u t i s t d i e L e b e n s m a c h t d e u t s c h .“

Via Berner. Ihr Brief hat uns tief erschüttert. Uns bleibt nur der eine Trost, daß Sie uns Unrecht tun. Unsere Mitarbeiterinnen werden Ihnen bedanken können, daß wir in der kameradschaftlichen Weise zusammenarbeiten. Das wir den Frauen, die sich ohne die geringste Eignung als politische Korrespondenten aufspielen, festlich gegenübersehen, werden Sie begreifen. Einmal geschieht das aus klarer Überlegung, zum anderen aus der Erkenntnis heraus, die schon die alten Chinesen besaßen: „Und wenn eine Frau durchsichtig wäre wie aus Glas, so könnte man doch nicht durch sie hindurchsehen.“ Das ist keine Verhöhnung, im Gegenteil — Ihnen dürfen wir es gönnen: Gerade darin liegt der besondere Reiz der Frau, wenn sie ihn allerdings zu einem politischen Faktor ummünzen will, geht für uns sein Wert verloren. Im übrigen: für Anregungen sind wir stets dankbar und hoffen, daß Ihr Gruß auf uns nicht allzu lange währt.

B. T., Amsterdam. Schön, daß Sie dem Gerücht über uns nicht glauben. Die „Deutsche Freiheit“ kann mit Zug und Recht das Outenwort für sich in Anspruch nehmen:

Die Wahrheit muß verfaßt, angst dem Vaterland, das ist mein Mut. Rein ander Ursach ist noch Grund, drum hab ich angefaßt den Mund.

Für den Gesamteinhalt verantwortlich: Johann Pij in Duderweil; für Inserate: Otto Ruhn in Saarbrücken. Notationsdruck und Verlag: Verlag der Volkstimme GmbH, Saarbrücken 2, Schützenstraße 2.

Deutsches Zahnärztliches Institut

21, RUE DE DOUAI - Métro: Maubeuge, Pigalle - Tél. Trinité 36-37 - Sprechstunden: 9-12, 2-4 Uhr

Zahn- u. Mundkrankh., Kitzgen, Elektrotherapie, Prothesen, Kronen, Befestigen in Gold, Platin u. Porzellan

NEUBEIT: PORZELLANKRONEN UND BRÜCKEN

Umarbeitung schmerzloser Gebisse mit voller Garantie für guten Sitz, Reparaturen binnen 3 Stunden

SCHONENDSTE BEHANDLUNG FÜR NERVÖSE UND HERZKRANKE

MRSSIGE PREISE, UNTERSUCHUNG U. BERATUNG KOSTENLOS

Aelteste Deutsche Klinik

52, R. de Bondy, Paris

Tel. Bot. 29-69

Harn- Blut- und Hautkrankheiten, Frauenleiden

Ultra-Violette Strahlen, Scrotherapie, Diathermie, Höhensonne etc.

Dr. Spécialiste

40, rue de Rivoli - Métro: Châtelet

RADIKALE HEILUNG von BLUT-, HAUT- und FRAUENKRANKHEITEN

Heilung von Krampfadern und offenen Beiswunden

Neueste Behandlungsmethoden: Elektrizität, Impulsverfahren, Trypsin, eine Einspritzung

Blut- und Harn-Untersuchungen, Spektroskopie, Salvarsan, Wismut usw.

Sprechstunden täglich von 10-12 und von 4-8 Uhr Sonntags von 9-12 Uhr

Konsultationen von 25 Fr. ab

Man spricht deutsch

Beratungsstelle

(Französisches Unternehmen)

49, rue Pigalle, Paris 9.

vermittelt Beteiligungen, Associationen, Gründung v. Gesellschaften, befaßt sich mit allen Angelegenheiten. Man spricht deutsch

Produits Schmid

Schweizerisches und deutsches Wurstwarengeschäft

Gebackenes, Rouladen, Weiss und Linsen

78, Boulevard de Strasbourg, 2, rue St. Laurent

Paris, bei Gare de l'Est

Teléfono 4 Linien vereinigt unter 8072ARIS 01-31